

Bezugspreis:

Wochenblatt, 20.- M., monatl. 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postfrei: monatlich 10.- M., einj. 100.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Volk“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnemitt“ und der Beilage „Bildung und Kleinartwerk“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Kontakte: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schreibweise Kompositionelle ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 11. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Annahme des Ultimatum.

Am gestrigen Spätnachmittag ist das Kabinett Wirth auf der Grundlage der alten Koalition zustande gekommen.

- Reichskanzler: Wirth (Z.), Vizekanzler und Reichsfinanzminister: Gustav Bauer (Soz.), Justiz: Schiffer (Dem.), Wirtschaft: Robert Schmidt (Soz.), Arbeit: Brauns (Z.), Post: Giesberts (Z.), Reichswehr: Gehler (Dem.), Inneres: Dr. Gradnauer (Soz.), Verkehr: Gröner, Ernährung: Hermes (Z.).

Das Finanzministerium soll einem Beamten übertragen werden; ebenso der Posten des Außenministers, wegen dessen Uebernahme namentlich mit dem Staatssekretär Bergmann verhandelt wird.

Das neue Kabinett ist unter stärkster äußerer PreSSION zustande gekommen. Bei der Aufstellung der Ministerliste herrschte der Zwang, in aller kürzester Zeit fertig zu werden, ehe die Frist für die Beantwortung des Ententeultimatums abließ.

So ist denn das neue Kabinett von vornherein nur als ein Notkabinett zu betrachten, das zu dem Zwecke gebildet ist, durch Annahme und Ausführung des Ententeultimatums das deutsche Volk vor der Katastrophe, vor dem Untergang zu bewahren.

Alles in allem ist die Stellung der Sozialdemokratie in dem neuen Kabinett keine leichte, wenn auch der Reichskanzler Wirth ein Mann ist, der wenigstens nach der demokratischen Seite hin als zuverlässig angesehen werden kann.

Aber davon kann leider im Augenblick gar keine Rede sein. Die an anderer Stelle von uns veröffentlichte Erklärung, in der die Sozialdemokratische Fraktion die Gründe des Regierungseintritts darlegt, spricht mit aller Richtigkeit und Klarheit aus, daß die Sozialdemokratie sich nicht an der Regierung beteiligt, weil sie von ihr eine Steigerung des Glüdes und der Zufriedenheit erwartet.

Deshalb tritt die deutsche Sozialdemokratie in die Regierung ein. Sie zeigt damit eine größere Vaterlands-Liebe und ein stärkeres Verantwortungsgefühl als jene sich national nennenden Parteien der Reich-

Die Gründe des Regierungseintritts.

In der gestrigen Nacht Sitzung des Reichstages ließ die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Wels die nachstehende Erklärung abgeben, in der die Gründe dargelegt werden, aus denen sich die Partei entschlossen hat, in die Regierung einzutreten und das Ultimatum der Entente anzunehmen:

Unter dem Druck angekündigter militärischer Gewaltmaßnahmen, angesichts des drohenden Verlustes lebenswichtiger deutscher Landestelle in West und Ost,

ist das deutsche Volk gezwungen, binnen kürzester Frist ohne Vorbehalt und Bedingungen einen Plan zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden anzunehmen, dessen dauernde und vollständige Ausführung für die arbeitende Bevölkerung nicht bloß Deutschlands, sondern ganz Europas die aller schwersten Gefahren in sich birgt.

Die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatumes liegt, nach Aufhebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, jenen Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten.

Da aber jene Parteien trotz ihrer laut bekundeten nationalen Gesinnung in schwerster Stunde versagen und bei einer Politik beharren, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Landestelle in feindliche Hand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht am Volke, die von den eigentlich Verantwortlichen in Stich gelassene Aufgabe mit zu übernehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich daher entschlossen, an einer Regierung teilzunehmen, die durch Annahme des Ultimatumes Deutschland

vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten

und den ehelichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Dieser Versuch allein kann noch den Weg öffnen, der aus dem Chaos einer militärischen Gewaltpolitik heraus zum wirklichen Frieden führt.

Keine Regierung ist noch vor schwerere, verantwortungsvollere Aufgaben gestellt worden wie diese. In ihrer Lösung bedarf sie der Einsicht und der hingebungs-vollen Unterstützung der breitesten Volkskreise.

Glückliche oder auch nur befriedigende Zustände herzustellen, wird sie nicht in stande sein,

neue Lasten wird sie dem Volke nicht ersparen können. Sie wird schon den Dank des deutschen Volkes verdient haben, wenn es ihr gelingt, das Aller schlimmste abzuwehren.

Aus diesen Gründen sind wir bereit, die neue Regierung zu unterstützen.

ten, die den Leitsatz „das Vaterland über die Partei“ wohl im Munde, aber nicht im Herzen tragen. Die Sozialdemokratie rettet das deutsche Volk vor der Katastrophe, in der die „nationalen“ Parteien ohne unser Einschreiten es hätten untergehen lassen.

Wir sind uns freilich bewusst, daß die entschlossene Aufopferung der Sozialdemokratie bei denen am wenigsten Anerkennung finden wird, die am meisten Ursache hätten, uns auf den Knien dafür zu danken. Die gestrige Rede des Herrn Hergt gibt einen deutlichen Vorgeschmack der nationalistischen Hebe, die ganz wie nach Versailles gegen die Unterzeichner einsehen wird. Wieder werden die Hauptschuldigen unseres Elends, werden die Leute, die das deutsche Volk loy- und gewissenlos in die Katastrophe hineingerannt haben, die Verantwortung auf uns abzuwälzen suchen, die wir diese unglückselige Hinterlassenschaft liquidieren müssen.

fürzen, als daß sie sich ihre Agitationsaussichten durch das Zugeständnis verdirbt, daß die von ihr verlangte Politik unmöglich ist.

Aber nicht besser als die Deutschnationalen handelt die Deutsche Volkspartei. Auch bei ihr hat das Agitationsinteresse die sachliche Einsicht aus dem Felde geschlagen. Es entbehrt nicht einer tiefen Ironie, daß gerade Herr Stresemann die Erklärung der Partei abgab, in der die Ablehnung des Ultimatumes begründet wird. Nun rühmt man sich, „reine Hände“ bewahrt zu haben. In Wirklichkeit hat die Deutsche Volkspartei so feige und erbärmlich wie möglich gehandelt.

Ob die Spekulation der Rechtsparteien auf Kurzsichtigkeit und nationalistische Instinkte gelingt, darüber entscheidet das deutsche Volk. Leider spricht eine gewisse Erfahrung dafür, daß weite Volkskreise in mangelnder politischer Schulung sich gern einreden lassen, daß die jeweilige Regierung die Schuld an der schweren Lage Deutschlands trage. Aber keine Sorge vor nationalistischer Hegepolitik kann die Sozialdemokratie bewegen, im schwersten Augenblick das deutsche Volk im Stich zu lassen. Die Rettung des Volkes vor der Katastrophe ist eine Tat, die ihren Lohn in sich selber trägt, die getan werden mußte, wenn man das Volk nicht untergehen lassen wollte, und die von uns getan werden mußte, weil denen, die zunächst dazu berufen waren, der moralische Mut fehlte.

Die entscheidende Abstimmung.

In namentlicher Abstimmung hat der Reichstag um 12 Uhr 25 Minuten das Ultimatum der Entente mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. — Mit „Ja“ stimmten die Parteien der neuen Regierung und die Unabhängigen, mit „nein“ die beiden Rechtsparteien, die Kommunisten, anscheinend auch einige Demokraten und Bayerische Volksparteiler.

Ein in der Geschichte des deutschen Reichstages nur selten vorgekommener, seit vielen Jahren überhaupt nicht eingetretener Fall: eine für sieben Uhr abends angeordnete Plenarsitzung! Aber außerordentliche Situationen erfordern außerordentliche Maßnahmen. Es gilt doch zu vorzuzukommen, d. h. durch die rechtzeitige Annahme des furchtbaren Londoner Ultimatumes den Einmarsch und seine katastrophalen Folgen abzumehren. Das war aber nur möglich durch die äußerst beschleunigte Bildung einer Reichsregierung, die im Namen der Mehrheit des Volkes das „Ja“ nach den Ententehauptstädten noch im Laufe der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hinüberdrachten konnte.

Unter diesen Umständen war es nicht möglich und auch nicht angebracht, sich allzu lange über Personenfragen aufzuhalten. Viel wichtiger war die Frage, ob sich auch die Demokraten, die bekanntlich zum großen Teile Gegner der Unterzeichnung sind, an der Regierung beteiligen würden. Da das Zentrum auf der Teilnahme der Demokraten am neuen Kabinett unbedingt bestand, mußte wiederholt mit ihnen hierüber verhandelt werden. Nachdem eine „inoffizielle“ Beteiligung von einzelnen demokratischen Abgeordneten als nicht genügend abgelehnt worden war, lenkten sie schließlich ein, und damit war die alte Koalition aus den Zeiten der Rationalverammlung wiederhergestellt.

Infolge dieser Schwierigkeiten mußte auch der zuerst für sieben Uhr angeordnete Sitzungsbeginn auf acht Uhr, sodann auf 8 1/2, schließlich sogar auf neun Uhr verschoben werden! Der Reichstag, der seit Tagen, aber besonders seit gestern mittag im Zeichen feierhafter Erregung stand, war überfüllt. Wandelgänge, Tribünen, Abgeordnetenbänke, Regierungs- und Bundesratsstühle waren schon stundenlang vor dem Klingelzeichen überfüllt, mit dem Präsident Lobe die Sitzung eröffnete. In einigen wenigen Sälen wies er auf den Ernst der zu fallenden Entscheidung hin und erteilte sodann dem neuen Reichskanzler Wirth das Wort. Dieser verlas nun die kurze, in aller Eile vor Eröffnung der Sitzung vereinbarte Regierungserklärung, die sich lediglich über die Frage des Ultimatumes und über die Notwendigkeit seiner Annahme ausspricht. Von einigen albernem Zwischenrufen Adolf Hoffmanns abgesehen, hört das Haus die Regierungserklärung ruhig an und unterstreicht deren Schlusssätze durch Beifall.

Es folgt nun die Aussprache. Die meisten Parteien haben sich im Hinblick auf die kurze Zeit, die noch zur Verfügung steht, begnügt, kurz formulierte Erklärungen zur Verlesung zu bringen. So die Sozialdemokratie, als deren Fraktionsredner Wels auftritt. Das Haus wird lebhafter. Die Kommunisten machen ein paar alberne Zwischenrufe, aber

auch auf der rechten Seite fängt es an zu gären, besonders als Wels auf die Verantwortung und das Verlangen der Rechtsparteien hinweist. Ihm folgt Trimborn mit einer parteipolitisch durchaus neutral gehaltenen Erklärung der Zentrumsfraktion, die die Zustimmung zur Bildung einer Annahmeregierung mit den gleichen Argumenten begründet wie die Sozialdemokratie.

Lebhafte Bewegung geht wiederum durch das ganze Haus, als Löbe Dr. Stresemann das Wort erteilt. Man weiß, daß Stresemann zu den Anhängern eines bedingten „Ja“ oder mindestens nicht zu den Anhängern eines unbedingten „Nein“ gehörte. Aber seine Fraktion hat mit großer Mehrheit anders entschieden. Auch er begnügt sich mit der Verlesung einer kurzen Erklärung, in der naturgemäß das Hauptgewicht auf die Gründe gelegt wird, die gegen die Annahme sprechen könnten, während die gegenteiligen Gründe dann sorgfältig verschwiegen werden. Immerhin, die Erklärung der Deutschen Volkspartei vermeidet jede Wendung, die auf die neuen Koalitionsparteien provozierend wirken könnte. Wer im Glashaus sitzt... Und so finden am Schluß der Stresemannschen Ausführungen keine besonderen Rundgebungen statt.

Anderes wird es aber, wo jetzt Herr Hergt als Redner der Deutschnationalen auftritt. Die Deutschnationalen haben sich nicht auf eine bloße Erklärung beschränken wollen. Die Gelegenheit, in dieser ersten und so kostbaren Stunde eine agitatorische Rede zu halten, lassen sich unsere Hypertrophisten nicht so leicht nehmen. Und so redet Herr Hergt drauf los in seiner aufgeregten, ganz und gar nicht „völkischen“ Art. Und was er sagt, ist nur geeignet, den stürmischen Widerspruch der Mehrheit des Hauses heranzurufen, und war übrigens auch darauf angelegt. Die Argumente, die er vorbringt, sind im allgemeinen nicht neu. Es ist allerdings ein starkes Stück, wenn sich ausgerechnet Herr Hergt als Beschützer des Achtstundentages und anderer Errungenschaften der Revolution hinstellt, die durch die Annahme gefährdet seien. Zwischenrufe Kirren durch die Lust, Ordnungsrufe werden erteilt. Oft wird der Redner unverständlich, aber die Mehrheitsparteien und auch die Unabhängigen sind sichtlich bemüht, sich zu beherrschen, sich nicht provozieren zu lassen, um nicht etwa den Rechts- oder Linksblockschwestern einen Vorwand für wüste Lärmereien und eine darauf folgende Unterbrechung der Sitzung zu liefern. Hergt erwähnt auch Oberschlesien, versucht zwar nicht die Gefahren eines Verlustes dieses Landes als Folge einer Ablehnung zu bestreiten, aber begnügt sich mit dem Gegenargument, daß die Annahme uns die Erhaltung Oberschlesiens nicht verbürge. Sein Weg? Die „erlösende Tat!“ Welche? Was für eine? wird ihm stürmisch entgegengerufen. Mit weiten Armbewegungen und selbstamen Halsverkrümmungen weicht er diesen unbequemen Fragen aus. Im übrigen plaudert er noch aus den streng vertraulichen Ausschüßberatungen verschidenes aus — nationale Rücksichten gelten für die Herrschaften bekanntlich nicht — und verläßt unter stürmischen Beifall- und Pfui-Rundgebungen das Rednerpult. An den ersten beteiligten sich, wie gewöhnlich, einige Dugend Herren und Damen auf den Tribünen, mit deren Räumung der Präsident drohen muß.

Um 10 Uhr ergreift der Abg. Ledebour das Wort, verliest zuerst eine Erklärung des Unabhängigen Parteiausschusses und der Unabhängigen Fraktion, in der gegen das Ultimatum wie gegen den Versailler Frieden als einen imperialistischen Gewaltakt schärfste Verwahrung eingelegt wird. Die Unabhängige Fraktion erklärt sich für Annahme des Entente-Ultimatums, da sie hierin das kleinere Übel erblickt. Unter ironischem Beifall der Rechten des Hauses führt der Abg. Ledebour aus, daß er sich mit der Abgabe dieser Erklärung begnügt hätte, wenn nicht die provozierenden Worte des Abg. Hergt ihn zu den weiteren Worten gezwungen hätten. Ledebour spricht Hergt das moralische und sittliche Recht ab, Forderungen ethischer Natur zu erheben und bezeichnet die Deu-

nationalen als diejenigen, die uns in das heutige Elend hineingebracht hätten.

Ledebour spricht kürzer, als man es sonst von ihm gewohnt ist. Vor 11 Uhr nimmt der Demokrat Haas das Wort. Er anerkennt die Motive jenes Teils seiner Parteifreunde, der gegen die Annahme ist, und legt dann ausführlich die Gründe dar, die für die Annahme sprechen. Wie er auf Oberschlesien kommt, das nach Ablehnung des Ultimatus endgültig und gewiß verloren wäre, folgt ihm des Volksparteilers von Kardorff auffällig lebhaft Zustimmung. Herr Haas plädiert schließlich für eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage und erinnert an die noch unbesetzten Ministerstellen. Die Deutsche Volkspartei läßt sich gespannt.

11 Uhr beginnt der Kommunist Koenen. Es heißt, daß er eine Stunde lang sprechen will, und der Saal leert sich rasch. Auch die neuen Minister stehen, wie gepöbelte Hunde“ pflegt die „Rote Fahne“ in solchen Fällen zu sagen. Nur Dr. Gradnauer, der Nachfolger des gern entbehrten Koch, hält noch stand. Koenen sagt der Entente, daß sie an den guten Willen der neuen Regierung nicht glauben dürfe. Er weiß auch jetzt schon, daß die neue Regierung nichts anderes zu tun haben werde als „Proletarier niederzuschleichen“. Um 11 Uhr ist unter dem Eindruck dieser unerträglichen Redensarten fast alles geflüchtet. Man wartet draußen auf die Hupentöne, die zur namentlichen Abstimmung aufrufen.

Benige Minuten nach 12 nimmt Dr. Heim (Bayr. Volkspartei) zu einer kurzen Erklärung das Wort. Sie ist nicht so klar, wie man es wünschen würde, kündigt aber ziemlich deutlich einen Rückzug der Regierung von Rahr in der Frage der Einwohnerwehr an.

Nach 1/4 Uhr folgte die namentliche Abstimmung, deren Ergebnis im einzelnen bereits mitgeteilt ist.

Die Deutschnationalen begleiten die Verkündung des Abstimmungsergebnisses mit lauten Pfui-Rufen, worauf die Mehrheitsparteien mit entrüsteten Gegenrundgebungen antworten.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr.

Entente gegen Polen.

London, 9. Mai. (Reuter.) Die alliierten Regierungen haben mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die polnische Regierung gerichtet.

Rom, 10. Mai. (E.P.) Graf Sforza prüft augenblicklich einen Entwurf, um die Verwicklung in Oberschlesien zu lösen. Er stützt sich dabei auf die vom italienischen Vertreter in der Interalliierten Kommission in Oppeln, General de Martini, erhaltenen Angaben, sowie auf Beratungen mit dem italienischen Gesandten in Warschau, der selbst zur Berichterstattung über die obereschlesische Frage in Rom weilte. Nach dem „Corriere della Sera“ ist zu wünschen, daß den italienischen Vertretern in der Volschafferkonferenz in Paris, die als Vollzugsorgan des Friedensvertrages gemeinsame Maßregeln zu vereinbaren hat, energische Weisung erteilt wird. In allen politischen Kreisen Roms und der Presse erwartet man, daß sich die Regierung einmütig und entschlossen gegen den vorbedachten polnischen Gewaltstreik zu wehren wird, dem über 30 italienische Soldaten zum Opfer fielen. Man zweifelt nicht, daß die Volschafferkonferenz die Polen auffordern wird, die besetzten Gebiete zu räumen, aus denen sie die Entente-Kräfte verdrängt haben. Die italienische öffentliche Meinung kann sich mit dem platonischen Bedauern der polnischen Regierung nicht abfinden, sondern verlangt eine formelle Entschädigung und Entschuldigung für die betroffenen Familien.

Ratibor und Cosel bedroht.

Oppeln, 10. Mai. Die Lage in Oberschlesien hat sich nach den Meldungen, die bis zum 10. Mai abends vorlagen, dadurch verschlimmert, daß nunmehr die Kuffändischen, nachdem sie Verstärkungen erhalten haben, einen

Angriff auf das westliche Oderufer vorbereiten. Die Städte Ratibor und Cosel sind besonders bedroht. Seit heute nachmittag 3 Uhr war mit Cosel eine Verbindung nicht mehr zu erhalten. Der Hafen von Cosel ist heute von den Aufrehrern bereits besetzt worden, denen größere Mengen von Lebensmitteln in die Hände fielen. Bei den Kämpfen um Kandrjyn haben die polnischen Aufrehrer Artillerie verwendet. Auch einige Ortschaften in der Nähe von Kandrjyn sind heute von den Insurgenten mit Artillerie beschossen worden. Gogolin bei Kandrjyn wurde heute von den Polen besetzt. Bei den Kämpfen um Kandrjyn sind weiterhin einwandfrei erneut die Angehörigen eines regulären polnischen Feldartillerie-Regiments sowie einer Grenzschar und einer Gendarmerie-Division festgestellt worden. Die Arbeitsaufnahme in einzelnen Betrieben mit vorwiegend deutschgesinnter Arbeiterkraft hat mit einer Entspannung der Lage nichts zu tun. Die Wiederherstellung geheimerer Zustände muß durch andere Mittel herbeigeführt werden. Die Lage in den einzelnen Gebieten ist sonst wenig verändert. Aus Tarnowitz wird eine sehr starke Lebensmittelknappheit gemeldet. All-Rosenberg mußte von den Aufrehrern heute wieder geräumt werden.

Paris, 10. Mai. (E.P.) Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt seinem Blatt aus Deuten mit, er sei auf einer Automobilfahrt durch das aufständische Gebiet am Eingang und Ausgang eines jeden Dorfes von polnischen Wachen angehalten worden. Nur zweimal habe er alliierte Truppen gesehen und zwar Franzosen, die sich im Aufstandsgebiet vollkommen zu Hause zu fühlen schienen. In Gleiwitz, der einzigen Stadt ohne polnische Besetzung, die der Berichterstatter passiert hat, hätten die französischen und polnischen Wachen nur einen Steinwurf von einander gestanden; französische und polnische Wachen seien durcheinander gelaufen.

Deutsche Anfrage bei Italien?

Rom, 10. Mai. (E.P.) Graf Sforza empfing in der Consulta den deutschen Botschafter v. Beerenberg, mit dem er sich über die Ereignisse in Oberschlesien unterhielt. Die deutsche Regierung wünscht nach den Erklärungen Beerenbergs zu wissen, ob die Alliierten sich imstande glauben, mit ihren Streitkräften der bedrohten Lage Herr zu werden, die durch den vom polnischen Kommando Korfanty organisierten Gewaltstreik geschaffen wurde. Deutschland wäre bereit, mit der Ermächtigung der Alliierten die Ordnung im Abstimmungsgebiet wiederherzustellen, oder wenigstens in den Teilen Oberschlesiens, die die Alliierten Deutschland zuteilen wollen.

Unter polnischem Terror.

In einem Aufruf führt der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereine Klage darüber, daß sie trotz des Aufrufs der Gewerkschaften und der Botschafter Korfantys und der Interalliierten Kommission auch weiter an der Arbeit behindert werden. Es heißt in dem Aufruf: Wir müssen leider feststellen, daß von einer Durchführung der Anordnungen der Interalliierten Kommission, die ungehinderte produktive Arbeit der industriellen Angestellten gewährleistet, nichts zu spüren ist. Industrieangestellte sind gegen ihren Willen zu Waffendiensten gepreßt worden und werden dadurch ihrer Arbeit entzogen. Ein großer Teil der zu Waffendiensten ausgehobenen Industrieangestellten hat sich dieser Maßnahme durch die Flucht entzogen. Wohl ist uns bekannt, daß in einzelnen Werken Industrieangestellte mittels polnischer Posterscheine ihre Arbeitsstelle auffuchen können, doch sind diese Fälle zu vereinzelt, als daß sie für die Gesamtbeurteilung in Frage kämen. Für die Passierscheine müssen an vielen Stellen hohe Abgaben entrichtet werden, die über die Leistungsfähigkeit der Betroffenen gehen, ganz abgesehen von der Ungeheuerlichkeit dieser Posterscheine. Die Industrieangestellten beschreiben auch ferner, daß sie verschleppt werden, wie das bereits sehr oft geschehen ist. Im Vertrauen auf die Rundgebung der hohen Interalliierten Kommission vom 3. Mai, die uns die Wiederherstellung geheimerer Zustände versprochen hat, fordern wir heute schnellstens das Einlösen dieses Versprechens, bevor unersehliche Werte und Arbeitsmöglichkeiten verloren werden.

Die Ketter.

In Halle.
Vor dem Kommunistenputsch. Es wird losgehen. Jedermann weiß es. „Was ist dagegen zu machen?“ — Nichts. Ruhig die Sache ihren Lauf lassen. Es wird einige Milliarden Mark kosten. Blut wird fließen, viel Blut vielleicht sogar. Aber es ist nichts dagegen zu machen. Wenn die, die den Putsch machen, ihr Ziel erreichen, dann geht es uns allen noch viel, viel schlechter als heute, geistig und physisch. Auch denen, die den Putsch machen. Aber es ist nichts zu wollen.“

Wer Wochen später.
Man sieht in den Straßen viele Offiziere in den wilhelminischen Uniformen. Jedermann wird daraufhin angeguht, ob er auch genügend patriotisch sei. Nicht mit dem Herzen. Das Herz ist egal. Im Gehirnen, im Sprechen.

Studentenkommers und Fackelzug.
Bis tief in die Nacht hinein toben die Straßen. Die Kinder wachen auf. Kapellen auf Kapellen ziehen durch die Straßen. Im Gleichschritt marschieren einige tausend Studenten und neben und hinter ihnen einige tausend Mädels und Frauen, dieselben, die für die Soldaten schwärmen, für die schmucken Sipos und für die Filmstare und ein wenig auch für Max Holz.

„Heil dir im Siegerkranz...“
„Deutschland, Deutschland über alles...“
„O Deutschland, hoch in Ehren...“

In den Ecken stehen Arbeiter und ballen die Faust in der Tasche.
Die jungen Reservelieutenants aber lachen. „Ha, was glaubst du, wie wir groß und stark geworden sind, seit sie sich mit ihrem Putsch so elend blamiert haben. Fast das ganze Volk haben wir hinter uns. Morgen könnten wir losziehen! Was glaubt ihr, unsere Reichswehr, treu wie Gold, nicht mit einem Hauch angekränkt von den Sozis und den Volksgewaltigen.“

Im D-Zug.
Der Zug hält auf einer größeren Station. Auf dem Nachbargleise steht ein Militär-Transportzug. Württembergische Reichswehr. Die wieder nach Hause fährt, nach Ulm oder Heilbronn oder Regensburg. Des Feldmärsches auf dem Kopf Zigaretten im Mund. Vitrolas, Drillhantzen. An den Fenstern des D-Zuges stehen Damen und Herren, gepflegt, interessiert. An den Fenstern des Militärtransportzuges drängen sich die jungen Soldaten. Ab und zu lachend. Miteinander flüsternd. „Sowohl, auch einen Speisewagen haben sie im Zug und auch einen Schlafwagen. Was glaubst du, die Analpfecken und Großpfecken, fressen und laufen und die Zigaretten rauchen! Lumpenpack, alle miteinander!“

Ein eleganter Herr im D-Zug unterhält sich dem Fenster aus mit einem Soldaten im Transportzug. Der Soldat gibt freundlich Antwort, und der Herr lobt die Soldaten für ihre Tapferkeit und

ihre tüchtige Besinnung, und dann reicht er dem Soldaten eine Zigarre hinüber. Hinter dem Soldaten aber stehen seine Kameraden, puffen ihn, und nur mit Mühe können sie das Lachen unterdrücken über den „geschwollenen Dickhäutler“.

Robert Delaunay gehört zu den Vätern des französischen Expressionismus. Die moderne Ueberwindung der Perspektive und eine neue Art bildlicher Raumgestaltung ging von ihm aus. Aber das, was einst als revolutionär galt, erscheint heute schon fast akademisch. Nicht die Kunst, die uns Höhen- und Tiefenausdehnungen rein gefühlsmäßig sichtbar zu machen weiß, bewundern wir an den Werken, die die Ausstellung im Sturm, Potsdamer Str. 134, jetzt zeigt. Diese Kunst beherrschen heute viele, die ganze jüngste Malergeneration übt sie. Aber Delaunays Meisterstück als reiner Farbendichter erreichen nur wenige, und in der Fähigkeit, durch koloristische Rhythmen die kompliziertesten Stimmungsgehalte auszudrücken, kommt ihm keiner gleich. Am schönsten wirkt er noch meinem Empfinden in den Aquarellen, in denen der letzte Rest von Erdenschwere, der auf den Gemälden zuweilen noch lastet, getilgt ist. Imposant ist die wuchtige Komposition des großen Oelfarben-„Bierot“ (Nr. 1) mit den nach links und rechts ausschlagenden Propellerkugeln, den wirbelnden kleinen und großen Farbkreisen und der spielenden Ueberwindung aller Rundungen durch die von unten leicht und sicher aufschwebende, hell schimmernde Tragfläche des Flugzeugs. Aber im Aquarell-„Bierot“ (Nr. 23) linat das alles noch viel reiner und feiner, und eine wahrhaft überirdische Festbestimmung läßt uns das Aufsteigen in Aetherhöhen miterleben. Wunderbar ist die schlichte, frächtige Harmonie von Blau und Grau in dem ägyptischen Fernbild auf den Seinelaut (Nr. 10), aber wer sich in die leise schimmernden, sanft leuchtenden, in tausend Nuancen vibrierenden Farbensphären des Aquarells „Stadt Paris“ (Nr. 17) hineintraumt, dem geht eine ganze Welt von neuer Schönheit auf. Schade, daß das unglückliche Arrangement der Ausstellung dieses Wunderwerk uns auch die anderen Arbeiten Delaunays nicht zur rechten Geltung kommen läßt. Die Bilder sind nicht nur ungerahmt, sondern auch so dicht gehängt, daß eines die Wirkung des anderen schädigt.

Leipziger Aufführung: Joannes, eine dramatische Passion von Fritz Red-Malleczewen. Für Erlösdrohnen existiert nachgerade ein Märchen: Es heißt: Erkenntnis der Leiden der Welt in einem Einzelnen, Wille zur Besserung, Opferleben, neue Erkenntnis, daß die Welt gar nicht erlöst werden will, Zusammenbruch, Ausblick auf bessere Zeiten. Auch „Joannes“ ist über diesen Beistand geschlossen. Ein Mönch wird durch eine furchtbare Grubenkatastrophe zu der Ueberzeugung gebracht, daß Vitaneien und Betgänge wertlos seien. Er stürzt in die Welt. Fordert von dem Industriekapitän und Multimilliardär Eihu Grant, daß er seine Fabrikstädte niederlege und dadurch den Menschen das Glück wiedergebe. Der bedankt sich schon dafür. Joannes reizt daraufhin die Arbeiterschaft zu Streik und Aufruhr auf. Die Massen umjubeln ihn, lassen ihn aber fallen, als sie von Grant im Wirtschaftskampf besiegt werden und schlagen ihn schließlich tot, da sie ihn für ihre Unglück verantwortlich machen. Mit einer Selbstopferung des Stärkeren, der einst kommen wird, schließt das Stück in offenkundiger Verlegenheit. Dieser etwas herkömmliche Inhalt, der den herrlichen Einzelnen an der

Dumpfheit der Masse zerschellen läßt, ist in teilweise starke Szenen gegossen. Neu und eigenartig ist die Zeichnung des Grant. Dieses Symbol des modernen Hochkapitalismus, das gegen die Kuhennwelt durch Duhende von Wagnerschüssen und einen beliebigen großen Kordon von Polizisten geschützt wird und während des Drohnens von Salven gegen Streikende innerhalb einer Konferenz von drei Minuten über das Schicksal der Ernten Kaliforniens und der Viehgruben des Kaukasus entscheidet, wird als blinder, gelähmter Krüppel dargestellt, der in einem Rollwagen dahergeschoben und aufs Tischtchen gesetzt werden muß. Auch einige Glendonszenen greifen ans Herz.

Trotz alledem bleibt ein Kopfschütteln zuteil: Nein, dieser Joannes ist kein Besterlöser. Aber nicht deshalb ist er es nicht, weil die Masse zu stumpf und blöde wäre, sondern weil er in heillosen Torheit meint, Eihu Grant durch Aufreizung der Arbeiter zur Besetzung der 57. Fabrik entwerfen zu können. Der einfältige, träumerische Joannes, der nichts als seine Liebe hat, den Eihu Grant... H. B.

Das Telephon in den Vereinigten Staaten. Das Telephon soll bei uns noch immer teurer werden, und die Verwaltung fordert von den Teilnehmern die größten Opfer, um die Lücken des Defizits wenigstens etwas auszufüllen. Danach mühte es scheinen, als ob das Telephon überhaupt ein schlechtes und unrentables Geschäft ist. Dies ist aber durchaus nicht überall der Fall. Bismarck hat die Amerikanische Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft die Dividende von 8 auf 9 Prozent erhöht. Wie ist das möglich? Die amerikanische Gesellschaft erklärt, daß die Dividendensteigerung von ihr hauptsächlich deshalb vorgenommen worden ist, um neue große Kapitalien für die Erweiterung und Verbesserung des Telephonnetzes zu gewinnen. Sie verfügte im vergangenen Jahr im ganzen über 806 188 Telephonstationen und hat 13 1/2 Millionen Teilnehmer angeschlossen. Das Telephon ist dort im wahren Sinne volkstümlich, kommt den Benutzern in jeder Weise entgegen und bedarf daher freilich auch alljährlich vieler Millionen neuen Kapitals. Die amerikanische Telephon-Gesellschaft kann nicht nur auf ein Kapital von 450 Millionen Dollar 9 Prozent Dividende zahlen, sondern sie ist auch imstande, noch Rücklagen von einigen Millionen jedes Jahr zu machen. Dabei haben sich die Anschlußkosten nicht in dem Maße gesteigert, wie es bei uns oder in England seit dem Kriege der Fall gewesen ist. Jedenfalls sind, wenn man die Geldentwertung in Rechnung stellt, die amerikanischen Telephongebühren geringer als die in Europa. Wie kommt es nun, daß die amerikanische Gesellschaft so außerordentlich reichlich arbeitet? Es ist hauptsächlich die außerordentliche Verbreitung des Telephons in der neuen Welt, die große Gewinne ermöglicht. In den Vereinigten Staaten kommt auf je 8 Einwohner 1 Telephon, bei uns aber höchstens auf je 50.

Vorträge. Max Dertl hält Donnerstag 7 1/2 Uhr im Langenbed-Brünnchen-Haus, Luisenstr. 38, einen Lichtbildvortrag über das Thema „Was ist Expressionismus?“

Die beiden Parzial-Aufführungen des Deutschen Oherhauses an diesem Freitag und Sonnabend sind die letzten in dieser Spielzeit. Oswald Störck ist der Dirigent beider Abende. Der Beginn ist um 7 1/2 Uhr festgesetzt.

In der Staatsoper muß die Erstaufführung von Valentin „Lurand“ und „Arlésino“ auf Donnerstag, den 19., verschoben werden. Statt dessen wird Freitag „Kargarete“ gegeben. Eintrittskarten zum 13. bezogenen Gültigkeit für den 19., oder werden zurückgenommen.

Italien im Wahlkampf.

O. L. Rom, Anfang Mai.

Wollte man den unersäglichen Wahlkampf, in dem das Land steht, mit einem Wortspiel kennzeichnen, so könnte man von einem Wahlkampf sprechen ohne Kampf und ohne Wahl. In der Tat erleben wir keinen Kampf der Parteien wie in anderen Wahlperioden: alles, was Gegnerschaft gegen die Regierungsliste bedeutet, ist mundtot gemacht. Auch von einer Wahl der Kandidaten kann kaum die Rede sein: die Listen des nationalen Blocks, der von den Demokraten zu den Faschisten reicht, sind in ihren Hauptlinien im Ministerium des Innern zusammengestellt worden. Und dieses Regime der Gewalt, die den Bogen allzu straff anzieht, erzeugt auch in der bürgerlichen Wählermasse eine mit jedem Tage zunehmende Interesselosigkeit. Von einem Auseinanderplagen der verschiedenen Ueberzeugungen und Programme kann nicht mehr die Rede sein. Es gibt keine Opposition in der Presse; bis jetzt hat keine Oppositionspartei es gewagt, Wahloversammlungen abzuhalten.

Unter diesen Umständen zieht unsere Partei die allgemeine Wahlenthaltung ernstlich in Frage, wobei namentlich die Auffassung des Genossen Prampolini aus Reggio Emilia ins Gewicht fällt, der der Ansicht ist, daß die Wahlbeteiligung unsere Genossen entweder zu wehrlosen Opfern der Gewalt machen oder sie zur Gewaltanwendung zwingen würde. Wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird der Ratinalrat der Partei, der am 5. Mai zusammentritt, schon einen Beschluß gefaßt haben, der wahrscheinlich den Verschiedenheiten der Lage in den einzelnen Provinzen Rechnung tragen wird.

Die Lage in den einzelnen Provinzen ist tatsächlich sehr verschieden. In den Provinzen Bologna, Ferrara, Reggio, Perugia, Rovigo, überall, wo die Partei stark ist, hat die faschistische Bewegung ein unversprochenes Regime des Terrors verwirklicht. Hier hat man unsere Arbeiterkammern verbrannt, unsere Redaktionen zerstört, die führenden Genossen an Leib und Leben bedroht. In Rovigo wurde z. B. ein Führer der Landarbeitergewerkschaft, Gen. Massin, von den Faschisten in seinem Bett ermordet, in Gegenwart der Frau und zweier Kinder. Eines von diesen, ein Mädchen von 8 Jahren, starb am Herzschlag während des Verbrechens. Die Witwe und die ältere Tochter mußten ins Krankenhaus übergeführt werden. In einem Dorfe der Provinz Bologna fanden die Faschisten ihr ausersehenes Opfer, den Führer der Landarbeitergewerkschaft, nicht im Hause. Anwesend war nur die an Lungenentzündung erkrankte Frau, da der Mann von Freunden gewarnt worden war. Die Kranke wurde mit vorgehaltenem Revolver genötigt aufzustehen und mußte 10 Kilometer weit nachts gehen, von ihren Peinigern getrieben, so daß sie im Zustande vollständiger Erschöpfung im nächsten Orte ankam. Diese Episoden ließen sich beliebig vermehren. Man mißhandelt, man mordet, man beraubt, man fängt und brennt: das ist die faschistische Regeneration.

Die Regierung sieht zu, weil sie glaubt, die Früchte der Bedrohungs- und Verfolgungspolitik einzuharsten. Sie läßt unter ihren Augen die „Strafexpeditionen“ ausrüsten und abziehen: Lastautomobile voll Bewaffneter, die sich irgendeinen Ort als Opfer auserkoren. Dann fordern sie von der sozialistischen Stadtverwaltung das Hissen der nationalen Tricolors, nutzen den sozialistischen Führern die Abgabe nationaler Erklärungen zu, stecken mit den mitgebrachten Benzin- und Petroleumvorräten die Volkshäuser und Arbeiterkammern in Brand, plündern die Häuser wohlhabender Genossen und die Lagerräume der Kooperativen und ziehen dann unbehelligt und ruhmbedrückt wieder ab. Stoßen sie auf Widerstand, was bei dem Mangel an Waffen in Parteikreisen selten der Fall ist, und gibt es Verwundete und Tote unter den Faschisten, dann reißt sich eine neue und weit blutigere „Strafexpedition“ an die erste an, die Presse speit Gift auf die „sozialistischen Terroristen“, beim Begräbnis sorgt man dafür, daß es gleich am nächsten Tage ein paar mehr gewaltlos ins Jenseits beförderte Proletarier zu begraben gibt — so sieht der Faschismus in den Provinzen aus, wo er sich hat zu voller Eigenart auswaschen können.

In Rom selbst geht es freilich nicht so zu. Da tobt sich alles in kleinen Lämmeleien aus. Auch in den Marken, in Sizilien und Sardinien, ist die Gefährlichkeit nicht so schamlos und so allgemein.

Immerhin ist die Lage derart, daß sich das Problem aufdrängt: ist unter diesen Umständen den Parteigenossen die Pflicht der Wahlbeteiligung vorzuschreiben? Steht das zu erwartende Ergebnis im Verhältnis zu den unermesslichen Opfern? Ist eine derartig gehemmte und vergebliche „Willensäußerung“, die nur ein verzerrtes Bild des politischen Willens und der politischen Macht der Massen geben kann, dem völligen Fernbleiben von den Wahlen vorzuziehen?

Man stellt mit Befremden fest, daß die Erregung der Gemüter, die politische Anteilnahme am Kampfe, diesmal geringer ist, als je zuvor, obwohl noch kein früherer Wahlkampf in seinen Ergebnissen so wenig vorauszusehen und vorherzuberechnen war. Aber die Erklärung für diese wachsende Teilnahmslosigkeit ist nicht schwer zu finden. In beiden Lagern, unter Sozialisten und unter den bürgerlichen Parteien fühlt man, daß der Wahlausgang am letzten Ende von dem Aufgebot von Gewalt abhängen wird. Das Gros der Wähler empfindet es deutlich, daß sein Wille in dieser Frage nicht in Betracht kommt. Wenn die Regierung in den letzten Tagen und am Wahltag selbst die Ausübung des Wahlrechts geschweigt, so wird das Wahlergebnis ein ganz anderes sein, als wenn die Faschisten mit Handgranaten und Revolver des „homerischen Volk“ zu den Urnen führen und von den Urnen fernhalten.

Unter diesen Umständen ist es psychologisch durchaus erklärlich, daß der heutige Wahlkampf haben und drüben weniger interessiert, als die früheren: Sein Ausgang hängt in allererster Linie von der Haltung der Regierung ab, also nicht von der Energie der Wähler, von ihrer Vorbereitung, von der Macht der Argumente der einzelnen Parteien.

Giolitti hat diesmal den Bogen zu straff gespannt. Er hat das öffentliche Leben zu sehr auf Gnade und Ungnade den Faschisten ausgeliefert. Dadurch hat er die eigenen Parteigänger, soweit sie nicht Faschisten sind, gleichsam von jedem Kraftaufwand dispensiert. Gleichzeitig hat er viele konjer-

native Elemente abgestoßen, einmal durch das diktatorische Vorgehen beim Aufstellen der Listen, dann durch den Freibrief an die faschistische Gewalt. Deshalb würde die Regierung ein sehr gewagtes Spiel spielen, wenn sie am Wahltag diese Gewalt an die Kette legte und wirklich die freie Aeußerung des Volkswillens zuließe.

Was von den Sozialisten und ihrer Politik seit den letzten Wahlen galt, gilt heute von der Regierung: auch sie hat eine für sie günstige Haltung der öffentlichen Meinung durch Rangelt an Noth schlecht genügt. Sie hat geglaubt, jedes Mittel sei recht, um den Sozialisten eine Niederlage zuzufügen, und hat sich eines Mittels bedient, das sie teuer zu stehen kommen wird, weit teurer als das sozialistische Uebergewicht, das der Krieg gebracht hatte.

Wir glauben nicht, daß die Regierung in den für den Wahlkampf entscheidenden Tagen der faschistischen Gewalt Zügel anlegen wird. Auch wenn ihr das materiell möglich wäre, was zweifelhaft ist, wird sie es nicht zweckmäßig finden, wo ihr nun einmal die aus der Gewalt erwachsenden Nachteile schon zur Last gebüht worden sind. Wir werden also — mit oder ohne sozialistische Wahlbeteiligung — die Kammer im Zeichen des Terrors zustande kommen sehen: nicht ein Bild des Volkswillens, sondern nur seine Frage und Karrikatur. Und während so eine Macht des bürgerlichen Staates, das Parlament, schon als Mißgeburt zur Welt kommt, wird der Staat mit einer außerhalb des Staates stehenden Macht zu rechnen haben: dem Faschismus.

Wohl heißt es allgemein, daß Giolitti schnell mit dem Faschismus fertig wird, sobald er ihn nicht mehr braucht. Wer das im Ernst glaubt, der überschätzt wohl Giolitti und unterschätzt den Faschismus, der berufen scheint, das alte Wort zu bewahren: von den Geistern, die man ruft und dann nicht mehr nach Belieben los wird.

Wenn sich der Faschismus zuerst an eine Kriegsstimmung und Schützengraben-Neurose knüpfte, genau wie sein Gegenpart, der Bolschewismus, so hat er inzwischen an politischer und wirtschaftlicher Konfizienz gewonnen. Zudem man die

Faschisten zu den Prätorianern der Blockparteien machte, hat man ihnen auch zielbewußte reaktionäre Elemente zugehoben. Und da man zum Kriege, und sei es auch nur der Bürgerkrieg, bekanntlich Geld braucht und dreimal Geld, so hat man dem Faschismus auch eine wirtschaftliche Grundlage geben müssen. Man kann nicht Tag für Tag Hunderte von Automobilen ausrüsten und meilenweit über Land senden, als Träger faschistischer „Machtigkeit“, ohne Geld, und zwar recht viel Geld zu haben. Obwohl in Parteikreisen die Legende ungeht, daß dieselben Geldgeber in Frage kommen, wie bei den berühmten Matlagen von 1915, so daß also in englischen Pfund und in französischen Franken bezahlt würde, welche Legende man durch die Tatsache zu bewahren sucht, daß die italienische Valuta in dem Maße steigt, in dem die faschistischen Unruhen wachsen, halten wir dafür, daß die Kosten für den Faschismus von der italienischen Großindustrie und den Agrariern aufgebracht werden. Namentlich die Automobilindustrie soll große Zuwendungen gemacht haben.

Außerdem läßt aber der Faschismus an, sich eine eigene wirtschaftliche Grundlage zu schaffen: seine „Strafexpeditionen“ sind längst Plünderungen im großen Stile geworden. Mit dieser neuen Entwicklung wird die Regierung rechnen müssen. Hier ist der Kitt, der diese ihrer sozialen Abstammung nach bunt zusammengewürfelten Gruppen zusammenhält, denen man aus politischen Gründen die Exekutivgewalt im Bande überlassen hat.

Auch ein Mann der eisernen Faust, wie Giolitti, wird diese Leute nach den Wahlen nicht in eine Ecke weisen können. Er hat sich ihrer bedient, um die Sozialisten unterzukriegen. Dabei ist aber ein so bedeutendes Stück des Staatsprestiges in die Brüche gegangen, daß die Bourgeoisie selbst, als deren Sachwalter Giolitti vorzugehen glaubte, die Regierung dafür zur Rechenschaft ziehen wird. Wagt man, daß der Faschismus unserer Partei eine Schlappe zufügen und die Hälfte der Unseren aus der neuen Kammer ausschließen wird: das Ministerium Giolitti aber wird am Faschismus sterben und an der Kammer, die im Zeichen der faschistischen Gewalt zustande kommt.

Ausprache über Oberschlesien.

Der Preussische Landtag erledigte am Dienstag zunächst kleine Vorlagen.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) fragt an, ob dem Staatsministerium die 1920 erschienene Neuauflage des Beschlusses für die Rheinprovinz mit ihren völlig veralteten politischen Verhältnissen des „Kaiserreichs“ Deutschland und des „Königreichs“ Preußen bekannt sei. Was soll geschehen, um den Uebergang von der Anwendung solcher schädlicher und irreführender Beschlüsse im Unterricht des Deutschen und der Beschlüsse ein Ende zu machen?

Ein Regierungsdirektor teilt mit, daß es sich nicht um eine Neuauflage, sondern lediglich um einen Neudruck handle. (Große Unruhe und Jurahe bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt die am Montag zurückgeschickte namentliche Abstimmung über den Antrag betreffend die Erhebung der Dienstaufwandsentschädigungen der Generalinspektoren usw. und die Erhebung der Besoldung für katholische Geistliche. Der Antrag wird mit 210 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 131 der sozialistischen Stimmen angenommen. (Plurimale links. — Beifall rechts. — Abg. Schulz-Neufuß (Komm.) ruft Schamlose Geiseln und erhält einen Ordnungsruf.)

Es folgt die Beratung des Antrages Klotz (Zentr.) über den Entwurf eines Gesetzes betr. der Erhebung von Nachtragsumlagen durch Gemeinden und Gemeindevorstände. Der Entwurf berechtigt die Gemeinden, für das Rechnungsjahr 1920 auch nach dem 1. April 1921 Nachtragsumlagen zu beschließen und zu erheben. Abg. Klotz (Zentr.) begründet den Antrag.

Abg. Haas (Soz.): Wenn wir den Kommunen helfen wollen, können wir es nur durch grundsätzliche Reformen. Der ganze Komplex der Kreissteuern muß zwischen Staat und Kommunen neu geregelt werden und zu einer

Reform des ganzen Kommunalsteuerwesens führen. Alles andere ist Fiktion. Wir beantragen Ueberweisung an den Gemeindeausschuß.

Der Entwurf geht nach weiteren Ausführungen der Abg. Wolf (U. Soz.) und Dr. Leidig (D. Sp.) an den Gemeindeausschuß.

Die Vorgänge in Oberschlesien.

Es folgt die Beratung der großen Anträge der Sozialdemokraten. Durch den Zustand in Oberschlesien ist die dortige deutsche Bevölkerung in große Bedrängnis geraten. Auch besteht die Gefahr, daß neue kriegerische Verwicklungen entstehen. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um solche kriegerischen Verwicklungen zu verhüten und um Leben und Gesundheit der von den polnischen Injurien schwer bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien zu schützen? In Verbindung damit wird beraten ein kommunistischer Antrag auf Rückgängigmachung der eingeleiteten militärischen Maßnahmen, und ein Antrag der bürgerlichen Parteien, daß die Regierung beim Reich dahin wirkt, daß die interalliierten Mächte ihrer Verpflichtung, in Oberschlesien Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten, erfüllen, und durch baldige Zuertennung Oberschlesiens an Deutschland der unhaltbaren Lage ein Ende bereiten.

Abg. Braun (Soz.):

In diesem Augenblick rufen die Wärler über das Schicksal ganz Deutschlands. Oberschlesiens Schicksal scheint nur ein kleiner Ausschritt aus dem gewaltigen Drama zu sein. Nach der Abstimmung vom 20. März, bei der die klare Mehrheit für Deutschland entschieden hat, konnte man hoffen, daß die Völkern der ober-schlesischen Bevölkerung unter dem polnischen Terror ihr Ende finden würden. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Mit Hilfe der polnischen Regierung haben Vanden die Gewalt an sich geübt, Karantia hat sich selbständig gemacht und regiert Oberschlesien auf keine polnische Art. Die deutsche Bevölkerung ist hilflos den Auswirkungen des Bandenimperialismus ausgeliefert. Die Macht Deutschlands in Oberschlesien ist durch den Friedensvertrag ausgeschaltet und an die interalliierte Kommission übergeben. Es ist dieser Kommission nicht gelungen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten,

weil die polenfeindlichen Franzosen den Ausschlag geben.

Die Franzosen wollten ja ursprünglich Oberschlesien ohne Abstimmung den Polen ausliefern, sie haben zweifellos die Vorbereitungen zum Zustand in weitgehendem Maße gebildet. Auch nach dem Ausbruch des Aufstandes hat die Kommission ihre Pflicht nicht erfüllt, sonst hätte der Aufstand keinen derartigen Umfang annehmen können. Die Italiener hingegen haben ihre Aufgabe ernst genommen und ihre Pflicht erfüllt. (Beifall.)

Die Rede Branda

auf den Einspruch unserer Regierung hin könnte nach Inhalt und Form direkt von Karantia herühren. Sie läßt sich auf die Unterlagen, die ihnen die Meldungen Karantias, dieses trübseligen aller politischen Demagogen, geliefert haben. Man hat insafgefaßten die Lage in Oberschlesien als gebessert bezeichnet. Wir sind nicht der Ansicht, denn das Elend der Arbeiterchaft infolge der Arbeitslosigkeit und Lebensmittelmangel wird von Karantia nicht behoben. Man kann vom deutschen Standpunkt aus mit der Karantia in Oberschlesien nicht einverstanden sein. (Beifall.) Wir beabsichtigen es, daß angefaßt dieser Lage der Gedanke der Selbsthilfe bei den Deutschen an Boden gewinnt. Wir müssen aber

dringend warnen vor Ansehenhalten,

die keine Hilfe bringen, wohl aber für das ganze Land die verhängnisvollsten Folgen haben können. Wir unterschreiben völlig die Worte, die der Reichskanzler im Reichstage darüber gesprochen hat. Die Desperados auf der äußersten Rechten wollen den Kraten mit dem Schwert durchhauen und einen frisch-blutigen Krieg beginnen, während die Desperados von der Linken nach der Räte-republik rufen. Beiden Methoden stellen wir uns mit allem Nachdruck entgegen. Die Regierung muß alle Schritte verhindern, die das Land in neue verderbliche Kriegsabenteuer stürzen können. Wir vergessen unsere deutschen Brüder in Oberschlesien nicht, aber in unserer Wehrlosigkeit können wir ihnen nicht helfen mit einem Appell an das Schwert, sondern nur mit einem Appell an das Recht. (höhnische Jurahe rechts.) Es ist Notwendigkeit, in dieser Zeit das Schwert in die Hände zu führen. Dem Mangel und Mangel Oberschlesiens muß schnell ein Ende gemacht werden, gemäß dem deutschen Abstimmungs-sieg. (Beifall.)

Abg. Schulz-Neufuß (Komm.) verliert den Ursprung des Polenaufstandes auf rein wirtschaftliche Elemente zurückzuführen. (Als Redner wiederholt von Abstimmungsschwindel spricht, rügt Vizepräsident v. Kries diesen Ausdruck. — Als der Redner sich weiter langamig über die Haltung der Rechtssozialisten, der Unabhängigen und der Antikardauer Gewerkschafts-Internationale äußert, rufen: Zur Sache! Gehört das zu Oberschlesien?) Am Ende seiner Ausführungen fordert er zum gewaltlosen Sturz des Kapitalismus auf. (Beifall und Handklatchen b. d. Komm. — Vizepräsident v. Kries: Herr Abg. Koh, Selbstklatchen entspricht der Würde des Hauses nicht.)

Abg. Dr. Porch (S.): Die Interalliierte Kommission ist verpflichtet, für Recht und Ruhe in Oberschlesien zu sorgen. Schon der Abg. Braun hat darauf hingewiesen, daß die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Briand, wonach deutsche Zeitungs-meldungen über Oberschlesien den Zustand hervorgehoben haben sollen, nicht stimmt. Es gibt einen schließlichen Gegenbeweis gegen Briand und der besteht darin, daß die Alarmnachrichten der ober-schlesischen „Grenzzeitung“, die sich auf Berliner Blätter zu stützen vorhaben, nicht richtig sind. — Das Selbstbestimmungsrecht wird in Oberschlesien mit Füßen getreten. Die Lage der ober-schlesischen Bevölkerung muß durch Sorge für die Ernährung und für die Flüchtlinge gebessert werden. Zum Schluß möchte ich den italienischen Truppen unseren Dank für die Ritterlichkeit ausdrücken, mit der sie sich der Deutschen in Oberschlesien angenommen haben.

Minister des Innern Dominicus:

Für die wichtigsten Punkte der Anträge ist das Reich zuständig und die Staatsregierung will nicht die Kreise der Reichsregierung über. Trotzdem aber kann ich versichern, daß in der ober-schlesischen Angelegenheit wir von Anfang an mit der Reichsregierung zusammengearbeitet haben. Wir stellen fest, daß unter den Augen der interalliierten Kommission wohlbewaffnete Banden Oberschlesien besetzt und eine polnische Verwaltung eingerichtet haben, obwohl Oberschlesien ein Teil des Deutschen Reiches ist und die Abstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben hat. Die inter-alliierte Kommission ist verpflichtet, für Ruhe und Sicherheit in Oberschlesien zu sorgen. Unverständlich muß man fragen, was wohl einzuweisen wäre, wenn deutsche Freischaren in Oberschlesien eingerückt wären. Noch ist in Oberschlesien ein Ruhepunkt nicht erreicht. Der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kattowitz ist von den Polen erobert. Zum erstenmal ist hier die Verwendung von Artillerie festgestellt worden. Auch ist muß im Namen der Staatsregierung Dank und Anerkennung für die italienischen Truppen ausgesprochen, die in Oberschlesien soviel Tapferkeit, Ritterlichkeit und Mithitruhe an den Tag gelegt haben. (Bravo und stürmischer langanhaltender Beifall im ganzen

Hause.) Gegenüber dem kommunistischen Gegner möchte ich betonen, daß niemand in der Regierung daran denkt, einen neuen imperialistischen Krieg anzufangen. Doch können wir auch den Polen keinen Freibrief geben

für weitere Unternehmungen. Hilfe wird der obereschlesischen Bevölkerung unter allen Umständen soweit als möglich zuteil werden. Vor allem ist ein festzustellen, der feste Zusammenhalt der deutschen Masse von rechts bis links. Das darf uns mit Hoffnung erfüllen. Die Bevölkerung Oberschlesiens hat das sichere Gefühl von der Ueberlegenheit der deutschen Kultur. (Wärm b. d. Komm.)

Der Abg. Siering (Soz.) stellt den Antrag auf Eröffnung der Aussprache.

Der Antrag wird angenommen. Abg. v. Lindener-Bildou (Dnat.) wirft den Kommunisten vor, sie hätten nach dem Mißerfolg in Mitteldeutschland ihr Feld nach Oberschlesien verlegt

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Es muß gesagt werden, daß es die alte reaktionäre Polizei des Ostmarkenvereins gewesen ist, die eine polnisch-nationale Bewegung in diesem auf deutschen Lande erst geschaffen und uns in die jetzigen Verhältnisse hineingeführt hat. Wenn jetzt der Ostmarkenverein wieder laut von sich reden macht, so muß betont werden, daß der deutschen Sache nichts verderblicher ist, als wenn diese Herren jetzt wieder das Wort nehmen. Wir hoffen, daß der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens ihr Recht wird, und betonen dabei auf das Nachdrücklichste, daß ein neuer Krieg unter allen Umständen vermieden werden muß. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Mehnert (D. Sp.): Wenn das Wort vom „Völkerselbstbestimmungsrecht“ nur einen Kern von Wahrheit enthält, so gehört Oberschlesien auf Grund der Abstammung uns.

Abg. Rabold (U. Soz.): Was in Oberschlesien vor sich geht, ist eine

Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Die obereschlesische Arbeiterschaft hat sich für die deutsche Kultur entschieden. Der Regierungspräsident, der den Minister angelegen hat, muß von seinem Posten verschwinden, ebenso gewisse Regierungspräsidenten und Landräte, die schon wieder im Begriff sind, Grenzschußformationen aufzustellen und einen neuen Krieg vorzubereiten. Die Freiwilligen, die nach Aufforderung der interalliierten Kommission in die Abstimmungspolizei eingestellt werden sollen, sind zum größten Teil Hochschadhanden. Wir werden deshalb für den kommunistischen Antrag stimmen.

Die Aussprache wird abgebrochen. — Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Debatte, Antrag Siering (Soz.) über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen. Rest von heute.

Schluß gegen 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Die Machtpolitik des Kallihyndikats.

Die Kallindustrie hat kürzlich einen Teil der von ihr geforderten Preissteigerungen durchgeführt. Mit welchen Mitteln die Interessenten in solchen Fällen ihren Machtpunkt vertreten, dafür ist nachstehendes Schreiben bezeichnend:

Deutsches Kallihyndikat G. m. b. H. Berlin SW. 11, den 14. 8. 21.

An die Großabnehmer der Deutschen Kallihyndikats. Wegen gänzlicher Unmöglichkeit der Lieferung sehen wir uns gezwungen, Ihnen mitzuteilen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Aufträge in Kallidüngesalzen 38-42 Proz. entgegenzunehmen. Wir werden diejenigen Aufträge, die bei Verfall dieses Rundschreibens bereits unterwegs sind, wenn möglich noch zur Ausführung bringen. — Das gleiche gilt für uns vorliegende Terminalsaufträge, falls sie sofort in prompte Aufträge umgewandelt werden.

Ferner machen wir Ihnen die ergebene Mitteilung, daß wir, falls die geplante 50-70prozentige Tarifserhöhung auf künstliche Düngemittel in Kraft treten sollte, nicht mehr in stande wären, Aufträge in Kallidüngesalzen der Gruppen I-III (Carnalit mit 9 bis 11 Proz., Sainit-Hartial, und andere Kobaltsalze mit 12-15 Proz., Kallidüngesalze 15-22 Proz., Kallidüngesalze 28-32 Proz.) für Stationen entgegenzunehmen, welche mehr als 500 Kilometer von den Frachtausgangstationen entfernt liegen. Wir möchten daher empfehlen, etwaige Terminalsaufträge, die Ihnen vorliegen, in prompte Aufträge umändern zu lassen.

Hochachtungsvoll Deutsches Kallihyndikat G. m. b. H. gez. Unterschriften.

An die Gesellschafter des Deutschen Kallihyndikats G. m. b. H.

Lieferungssperre für Kallidüngesalze 40 Proz. und angebrochte Sperre für die Salze der Gruppen I-III.

Wir haben heute obiges Rundschreiben an unsere Großabnehmer gerichtet. Nach der Sperre der Lieferungen in Kallidüngesalze 38-42 Proz. ersuchen wir Sie, auch im Landab- und 40er Düngesalze nicht mehr abzugeben.

Hochachtungsvoll Deutsches Kallihyndikat G. m. b. H. gez. Unterschriften.

Obwohl also die Kallindustrie seit Monaten über Absatzmangel klagt und mit dieser Begründung Stilllegung von Werken vornimmt, erklärt sie sich kurz vor einer Preiserhöhung in wichtigen Düngesalzen für Lieferungsunfähig. Ob dabei die landwirtschaftliche Produktion Schaden nimmt, ob Tausende von Zentnern Getreide den notleidenden Massen verloren gehen, ob viele Hunderte von Kalliarbeitern keine Beschäftigung haben, danach fragt das Syndikat nicht.

Daß die Lieferungssperre nur erfolgte, um die Preiserhöhung durchzusetzen, geht schon daraus hervor, daß sie aufgehoben wurde, nachdem die höheren Preise genehmigt waren!

Noch in anderer Beziehung ist das Schreiben interessant. Nicht die einzelnen Werke fühlen sich machtlos, zu liefern, nein, die Sperre muß erst vom Syndikat angeordnet werden. Dann aber wird sie auch innegehalten. Darin unterscheidet sie sich nicht von vielen ähnlichen Maßnahmen anderer Kartelle und Syndikats. Doppelt bemerkenswert aber ist das Verfahren bei den Kallihyndikats, die sonst so gern über die Einengung ihrer „privaten Initiative“ durch gemeinwirtschaftliche Bindungen klagen!

Ein außerordentliches Answellen des industriellen Kapitalbedarfs ist im Monat April zu verzeichnen gewesen. Die Bankfirma Stenger, Hoffmann u. Co., Berlin-Ostern, vermerkt in ihrer Statistik für diesen Monat Kapitalerhöhungen von insgesamt 2,4 Milliarden Mark, die höchste Ziffer, die in einem Monat erreicht wurde. Sie kam vor allem zustande durch die Kapitalerhöhungen im Anilinsektor, der allein für mehr als 700 Millionen Mark neues Kapital aufgenommen hat, aus den Kapitalvermehrungen der Sprengstoff- und Pulverindustrie und anderen Neuaufgaben von Aktien. Auch die industriellen Obligationen haben im April sehr stark zugenommen. Es wurden neue Papiere dieser Art für 694 Millionen Mark ausgegeben, wovon sich die Anleihe der Bahnenwert-Aktiengesellschaft in München und die Anleihe des Landesverbandes bayerischer Sparbanken, die beide mehr als 300 Millionen Mark betragen, befinden. Insgesamt stellt sich die Kapitalaufnahme der Industrie in den ersten vier Monaten des Jahres 1921 auf 7 1/2 Milliarden Mark, wovon sich allerdings große Beträge befinden, die durch Kapitalberwässerungen zustande gekommen sind.

138 Prozent an Ausschüttungen, nämlich 16 Prozent Bardividende, 300 Mark Kriegsanleihe und 100 Prozent in Gratifikationen, verteilt die Harburger Eisen- und Bronzewerke Aktiengesellschaft. Die Ausschüttung gehört auch in diesem dividendenreichen Jahre zu den Ausnahmen, zeigt aber wieder, wie leicht es der Entente von der deutschen Industrie gemacht wird, auch unerfüllbare Forderungen zu berechtigt hinzustellen.

Die „Gemeinnützig“ aus Hamburg in Kol. Mit Hilfe des industriellen Unternehmertums gründete Herr Pastor Richter (Königsalbe) die Gemeinnützige Großeinkaufsgesellschaft „Deutschland“, AG., Hamburg. Die Gründung rief sich, wie wiederum bekannt, gegen den Zentralverband deutscher Konsumvereine und deren Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg. Der Vorstand der Gemeinnützigen Großeinkaufsgesellschaft „Deutschland“, AG., Hamburg, beruft nun zum 17. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ein, um derselben eine Zwischenbilanz für die Zeit vom 1. Januar bis 15. April dieses Jahres vorzulegen, da sich ergeben hat, daß der Verlust im laufenden Geschäftsjahre die Hälfte des Grundkapitals erreicht hat. Weiter soll über die zu treffenden Maßnahmen, insbesondere über den Vorschlag des Vorstandes auf entsprechende Zusammenlegung der Aktien in einem von der Generalversammlung festzusetzenden Verhältnis zwecks Befreiung der Unterbilanz und endlich über eine Erhöhung des Grundkapitals um 500 M. vierprozentige Vorzugsaktien beschlossen werden. Da ist also wieder hohe Rot bei einem Unternehmen, das der Genossenschaftsbewegung gern geschildet hätte.

Soziales.

Das Wohnrecht des Landarbeiters.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die im Verfolg des Reichsgesetzes über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues von der Regierung erlassene Bestimmung, daß zu Wohnungen, die landwirtschaftliche Arbeitgeber sich für die in ihrem landwirtschaftlichen Betriebe Beschäftigten errichten (landwirtschaftliche Werkwohnungen), nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde Beihilfen gewährt werden können, unter der Voraussetzung, daß der Mietvertrag in keine rechtliche Abhängigkeit vom Arbeitsvertrage gebracht wird, hat in landwirtschaftlichen Kreisen Bedenken nach der Richtung hin hervorgerufen, daß diese Vorschrift allzu einengend wirke und mit den Interessen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber nicht vereinbar sei. Es wird die Erläuterung von Nutzen sein, daß der Vorschrift genügt wird durch zwei besondere Verträge, welche sichern, daß die Beendigung des Dienstvertrages nicht ohne weiteres auch sofort die Beendigung des Mietvertrages herbeiführt. Es darf also z. B. in dem Mietvertrag nicht die Klausel enthalten sein, daß dem Arbeitnehmer nur so lange ein Wohnrecht zusteht, als er sich in einem Arbeitsverhältnis zum Vermieter befindet, bzw. daß er mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses unter allen Umständen zur Räumung der Wohnung verpflichtet ist, gleichgültig, aus welchen Gründen das Arbeitsverhältnis enden mag. Gegen ein nach dieser Richtung gesteigertes Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber sprechen — insbesondere unter Berücksichtigung der heutigen Wohnknappheit — gewichtige sozialpolitische Bedenken. Dagegen ist es zulässig, daß nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses das Mietverhältnis zum nächsten gesetzlichen oder vertraglichen Termin gekündigt wird, oder daß eine solche Kündigung erfolgt, wenn die Beendigung des Dienstverhältnisses vorauszusetzen ist. Wird der Dienstvertrag von vornherein für eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so darf auch die Beendigung des Mietverhältnisses zu demselben Zeitpunkt von vornherein vereinbart werden. Die Freimachung der Wohnung vollzieht sich dann in allen Fällen nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, gegebenenfalls unter Mitwirkung des zuständigen Einigungsamtes. In jedem einzelnen Falle wird der Mieter ferner verpflichtet werden können, bei Bedürfnis einen im selben Werke angestellten Arbeitnehmer nach Maßgabe der vorhandenen Räumlichkeit als Untermieter aufzunehmen.

Gerichtszeitung.

Kapitalverchieber Eitel Friedrich vor Gericht.

Die schon vielfach erörterte Kapitalflucht-Affäre des ehemaligen Prinzen Eitel Friedrich von Preußen wird nunmehr am 18. d. M. den Gegenstand einer Verhandlung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehn vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I bilden. Der Prinz wird beschuldigt, geschäftliche Verabredungen und sonstige Handlungen getätigt zu haben, die dazu bestimmt waren, die durch die Vorschriften der Volksbeauftragten Ebert und Haase vom 21. November 1918 in den §§ 1 und 2 bezweckte Kenntnis der Steuerbehörde über das Verbringen von Vermögenswerten ins Ausland zu vereiteln, indem er dem

Bankhaus Gruher, Philippson u. Co.

in der Hoffstraße 18 Wertpapiere in Höhe von 337 000 M. und 2000 Fl. zu treuen Händen aushändigte, damit der Bankier Gruher sie auf seinen Namen durch eine deutsche Bank nach Holland bringen ließ. — Der von Rechtsanwalt Dr. Wangemann verteidigte Angeklagte Prinz Eitel Friedrich ist infolgedessen geständig, daß er die ihm vorgeworfene

Tatfache an sich nicht bestreitet.

jedoch rechtlich folgende Einwendungen macht. Der legale Weg, Wertpapiere durch Vermittlung einer Bank unter Abgabe des Affidavit nach dem Auslande zu überweisen, dem er außerdem nicht gekannt (!) habe, sei ihm, als Mitglied des früheren königlichen Hauses, verschlossen gewesen. Er sei also schlechter gestellt gewesen, als jeder andere deutsche Staatsbürger, denn die Verordnungen der Volksbeauftragten vom 13. und 30. November hatten nicht nur die Beschlagnahme und darüber hinaus die Einziehung des Kronfideikommissvermögens des früheren königlichen Hauses, sondern auch des Privatvermögens der Mitglieder der früheren königlichen Familie ins Auge gefaßt. Infolge jener Verfügung sei ihm der Weg, den sonst jeder andere Staatsbürger einschlagen konnte, verschlossen gewesen, denn keine Bank hätte seinem Auftrag auf Verbringung der Wertpapiere nach dem Auslande entsprochen. Seine Handlung stelle einen Akt der Selbsthilfe dar, zu dem er als forgneder Familienvater verpflichtet gewesen sei, um die Existenz seiner Familie sicherzustellen. — Wir werden über die Verhandlung berichten.

Achtung! Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Freitag, den 13. Mai 1921, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

Außerordentliche Generalversammlung

1. Referat Amsterdam-Moskau. — 2. Stellungnahme zur Besichtigung des Moskauer Gewerkschaftskongresses. — 3. Verbandsangelegenheiten.

Erfcheinen aller Delegierten ist Pflicht! — Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches u. d. der Delegiertenkarte.

Beachten! Unsere Bureaus und Kassen bleiben am Dienstag, den 17. Mai (3. Pfingstfeiertag) geschlossen.

Brunshaupten. Arendsee

die beiden bekannten Ostseebäder Mecklenburgs! Prospekte durch die beiden Badeverwaltungen getrennt.

Bezirksverband Berlin SPD. 125. Abteilung Kachen. Am Mittwoch, den 4. Mai, verlor nach längerem Krankenlager unser langjähriger Genosse, der Gastwirt

Paul Heinze Panitzsch, Berliner Str. 78. Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes, ehrenvolles Andenken bewahren. 17.5.21 Die Abteilungsleitung.

Spez.-Beh. nur für Ischias Hüft-Gesäß u. Bein. Das Schw. Fälle in 18 Tag. beseitigt, hier üb. unantastb. Heilerfolge best. u. Referenz. Invalidenstr. 106, von 10-2. Jacoby

Dr. R. Friedeberg (früher Berlin) praktiziert wieder **Bad Kudowa**

Bad Salzbrunn

Salesien **Katarrhe Asthma * Grippe Nieren * * * * Blase Gicht * Zucker * Steine**

Kapitän-Kautabak

wieder reichlicher in der feinsten guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen **G. Röder, Berlin, Cidenberger Str. 22. Adnigl. 3961.**

Kaufen Sie feine Anzüge

bringt Sie mein Lager gefehen haben. 115-19. Herren-Anzüge, erstklassig, mit prima Futteral verarbeitet. M. 365. — M. 385. — M. 425. — M. 465. — Jeder, auch weiteste Besuch sehr lobend. **A. Zanger, Berlin, Münzstr. 28 11**

Peek & Cloppenburg G. m. b. H.

Berlin C, Gertrauden-Straße 25-26-27

Fertig am Lager:

Mäntel aus Kameelhaarloden

für **Damen** sehr geeignet als **Brunnen- und Touren-Mäntel**



Dauer-Reagen 3 M. 4 N. 8 N. wegen Jubiläumsgang. **Tornberg, Markgrafstr. 78**

Dr. med. Grütering Haut-, Harn-, Geschlechtsleid. v. Männ. u. Frauen. **Butaners, Invalidenstr. 25, Ecke Chausseest. Stett. Bkt. Spr. wochentäglich 11-1, 1/2-1/2.**

Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung **Möbelhaus Andreasstr. 28 1.** Strengste Diskretion.

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Franz Mehring: Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters

Ein Leitfaden für Lehrende u. Lernende Preis geb. Mk. 14.40

Unauffällig erh. ergraut. Haar die frühere Naturfarbe wieder d. Reichels Regeneriert. Dunkelst. allmähl. und ist unverwundbar. 9.50 u. 15. — M. O. t. t. o. R. o. i. c. h. e. l. Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4

Homöopath. Institut Haut-, Harn- u. Geschlechtsleid. Spez. veralt. Fälle bei schneller, sicher. u. schmerzlos. Behandlungsmöglichkeit ohne Berufshilfe. **G. School, Neue Königstr. 59, am Hegelbergplatz.** Sprachs. 10-1, 4-8. Etage, 10 12

Schellack kaufen höchstehend Gebraucht **Stroop, Eisenaustraße 6, Rosenthaler 2879, 1115-15**

Kaufmann, Gofaberg 1115-15 **Toppolster 12.**



Sind's die Augen — geh' zu Ruhnke

Wenn Sie ganz genau passende Augengläser haben, können Ihnen diese erst wirklich nützen, wenn Sie in haltbarer Fassung richtig vor Ihren Augen sitzen und dann dauernd diesen guten Sitz behalten. Kaum zwei Arten sind gleich! Aber wir

haben für jede Nasenform eine entsprechend gutliegende Fassung, oder wir fertigen eine besonders für Sie an, ohne Ihnen mehr dafür zu berechnen. Weil wir Sie mit Sorgfalt bedienen und Ihnen gebiegene Kneifer und Brillen liefern, wird Ihnen bei uns

Zufriedenheit garantiert.

Dazu aber gehört mehr, als Ihnen nur Augengläser genau zu bestimmen und Ihnen die richtig sitzende Fassung zu verpassen. Zufrieden bleiben Sie auf die Dauer nur, wenn Sie versichert bleiben von Augenbeschwerden, Schmerzen, Tränen und ähnlichen Unannehmlichkeiten, wie Drücken der Fassung, Abfallen, Verbiegen, Zerbrechen. Solch' Ärger verleiht einem oft den Gebrauch der Augengläser, ja zusammen mit den Reparaturkosten können dadurch alle Vorteile der Gläser mehr als aufgewogen werden. Darum

garantieren wir Ihnen nicht bloß Zufriedenheit mit unseren Augengläsern, sondern garantieren die Haltbarkeit aller Metallteile unserer Doublet- und Goldkneifer- und Brillen-Fassungen. Abgesehen von den Gläsern, oder den Teilen aus Horn, Celluloid oder Schildpatt, reparieren wir diese Fassungen während der Garantiezeit kostenlos, selbst wenn der Schaden durch Ihre eigene Schuld entstanden ist. Wir haben solches Vertrauen in die Haltbarkeit unserer Brillen und Kneifer, daß wir jetzt die

Garantie auf Doublet- und Gold-Fassungen jeder Preislage

geben. Die Garantie dauert für die billigste Fassung ein Jahr, für teurere entsprechend länger, gemäß nachstehender Scala.

Diese Preise verstehen sich ohne Gläser

Kneifer ohne Randfassung Gold-Doublet	Kneifer mit Randfassung Gold-Doublet	Brillen mit u. ohne Randfassung Gold-Doublet
ein Jahr Ruhnke-Garantie 10.50, 15.—	ein Jahr Ruhnke-Garantie 16.—, 24.—, 25.—	ein Jahr Ruhnke-Garantie 35.—, 35.—
zwei Jahre Ruhnke-Garantie 25.—, 35.—	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 30.—, 34.—, 35.—	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 45.—, 48.—
drei Jahre Ruhnke-Garantie 45.—, 55.—, 65.—	drei Jahre Ruhnke-Garantie 44.—, 48.—, 65.—, 75.—	drei Jahre Ruhnke-Garantie 55.—, 65.—, 75.—

Auf alle 14 farbigen Goldfassungen vier Jahre Ruhnke-Garantie.

Hornbrillen von 38.— an, Moderne Bognetten, Silber, von 95.— an, Gold-Doublet von 72.— an.

Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Kalhenomer Schleifart 8.—, Punktort-Kristalle 19.—, dieselben aus unserem guten Sano-top-Glas 32.—.

Optiker Ruhnke

30 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf, Altona und Spandau
Fabrik in Rathenow, Neue Schleuse | Fabrik in Berlin C 19, Wallstraße 1
für Brillengläser, Prismen-Feldstecher, u. a. Ferngläser | für Kneifer und Brillen in Gold, Doublet und Nickel

Export-Abteilung: Hamburg, Große Johannisstraße 9
Zentrale u. Versand-Abteilung: Berlin C 19, Wallstr. 1

Ortsrententasse d. Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Zur Vornahme der Neuwahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss für die Wahlperiode bis zum 31. Dezember 1922 wird hiermit folgendes bekanntgegeben:

Es sind zu wählen:
1. aus dem Kreise der Versicherer 60 Vertreter und 120 Ersatzmänner (§ 71 der Satzung und § 5 der Wahlordnung);
2. aus dem Kreise der betriebspflichtigen Arbeitgeber 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner (§ 71 der Satzung und § 5 der Wahlordnung).

Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (§ 71 Abs. 9 der Satzung und nach den Bestimmungen der Wahlordnung).

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben (§ 12 der Wahlordnung).

Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 11. Juli 1922, von 5—7 Uhr im Rassenlokal, Mühlstr. 24, u. II.

Die Versicherer wählen am Sonntag, den 10. Juli 1922, von 9—12 Uhr vorm. ebenfalls im Rassenlokal, Mühlstr. 24, u. II.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschlüsse gefordert für die beteiligten Versicherer und Arbeitgeber (§ 7 der Wahlordnung) anzustellen und dem unterzeichneten Wahlamt bis zum 12. Juni 1922 unter der Adresse: Wahlamt der Ortsrententasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin, C 25, Mühlstr. 24, u. 2 Tr., einzureichen.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschlüsse gebunden (§ 12 Abs. 3 der Wahlordnung).

Die Wahlvorschlüsse können nach ihrer Zulassung (§ 9 der Wahlordnung) im Rassenlokal, Mühlstr. 24, in den Geschäftsstunden von 9—1 Uhr eingesehen werden.

In derselben Zeit liegen auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus den Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnissen ergebenden Wahl- und Stimmberechtigten sind bei Formierung des Ausschusses spätestens bis zum 12. Juni 1922 unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzureichen.

Der Wahlauschuss ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen und hat jeder Wähler einen Wahlausweis zur Wahlhandlung mitzubringen. (§ 5 Abs. 2 der Wahlordnung).

Wahlausweise werden auf Antrag an den dem Wahltag vorhergehenden 14 Tagen

1. für die in Arbeit stehenden versicherungspflichtigen Wahlberechtigten durch den Arbeitgeber ausgegeben,
2. für freiwillig berufliche Wahlberechtigte im Rassenlokal in den Geschäftsstunden von 9—1 Uhr daselbst unter Beifügung der Wahlkarte ausgegeben,
3. für die wahlberechtigten Arbeitgeber werden ebenfalls Befreiungsgewährungen darüber, wieweit Stimmen bei Antragstellung zu führen, im Rassenlokal zu den oben bezeichneten Stunden ausgegeben.

Im Übrigen wird ausdrücklich auf die einschlägigen Bestimmungen der Satzung und der Wahlordnung hingewiesen. Berlin, den 10. Mai 1922. 19/12

Der Vorstand. Max Gutke, Vorsitzender. H.emann, Schriftführer.

Tuchfabrik - Niederlage

von H. Lamprecht, Berlin-Tempelhof, Dönhofsstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Privatleute. Gute hochwertige Herrenstoffe von 45 M. an, aufwärts

Nutzeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Röhren, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse sofort ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12, Telefon 12072. Gds. Voltairstraße, Mühlplatz 12073.

DAS GUTE
Edelweiß-Seifenpulver
"ÜBERALL ZU HABEN."
J.L. KAHN, N.O. 18

W-o???

bekommt man die beispiellos billige

Pfingst-Ausrüstung

Herren-Sakko-Anzüge 325.—
gute Qualität, keine Entlass.-Anz. M.

Hochelogene Damen-, Herren- und Kinder- Handschuhe 2.— 19.—
Strick-, Trik.- u. Wildled.-imitat. la Ware. M.

Prismen - Gläser 6 x 24 455.—
mit Etui M.

beispiellos billige eleg. Damentaschen

nur Turmstr. 19

Die ungeheure Macht des Hypnotismus, d. pers. Magnetismus, d. Heilmagnetismus. Leicht u. beste Methode, s. Einfluß auf and. auszuüben, d. Hypnotisieren zu erl. Glück u. Erfolg im Leben zu haben. — Unentb. f. jed. Mensch. Ueb. 100 000 Expl. verk. 120 Stk. Illust. Pr. 6,50 M. u. 1,10 M. Pl. Gr. Bücherkat. gr. Albrecht Donat, Verl., Leipzig 12

Reste-Haus C. Pelz
Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel
Kostüme
Röcke
Gut, reell, billig!

Gebr. Paßmann
Bettfedernfabrik
Effen-Ruhr H., Biehofstr. 58
Deutschlands größtes Spezialhaus in nur Bettfedern, Daunens u. Einschlößstoffen. Direkter Import aus Ungarn, Polen u. China woggonweise. Eigene Dampfer u. Weberei mit elektrischem u. Dampftrieb. Gegründet 1884.
Ueber 200 000 Stunden in über 5000 Betten Deutschlands.
— Betragen Sie Mutter und Vorkasse gratis. Jedes Bett wird nach Angabe besonders angefertigt.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Pelz-Aufbewahrung
einschließlich Pflege- und Versicherung. Volle Gewähr gegen **Motten-schaden**
Kostenlose Abholung
Maassen
Oranienstr. 165 Leipzig Str. 42

„Wann zu emblemen in Zucker's Patent-Medizin-Seife gegen unreine Haut, Witterer.“
Pilpul
Andäthen, Pusteln etc. Spezial-Art Dr. W. Dazu Zuckoo-Creme (nicht fettend u. seifhaltig). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.
Brillanten kauft
au. h. große Posten zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantschleiferlei
160 Friedrichstr. 160
Gegr. 1892
Vormwärtsstrebende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufführung und Anregung ergebende Beschäftigung: Ein neuer Geist? (entb. gratis)
F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrüher Str. 71.

Seit 30 Jahren als stärkstes Radikalmittel bekannt.
Wanzen werden restlos vertilgt durch Reichels Wanzenflud.
Echt nur mit Marke in Originalpackungen zu Mk. 3,50, 6,50, 9,50 und 13,50 in Drogerien erhältlich.
Tod u. Teufel
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Moritzplatz 4751—65.

Aerztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulator. Behandlung
Modernes, erprob. Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- und Lichtheilmethoden, die wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte „Künstliche Höhensonnen“-Behandlung
Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterkuren und Bäder, Sauerstoffkuren, homöopathische und mechano-therapeutische Behandlung. — Nachweisbar gute und dauernde Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren u. äußeren, speziell chronischen, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Anspannung, Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden; Lähmungen, sowie Kinderlähmung, Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit usw.
Freiwillige briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten, die Angaben, vor der Behandlung in unserer Anstalt anderweitig ohne Erfolg behandelt worden zu sein: 1. Frau M. Richter, Berlin-Moabit, Waldstr. 55, Lungenleiden, Blutarmut, Nervenschwäche geheilt. — 2. Herr Georg Heinrich, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 29 II, Lungenleiden geheilt. — 3. Frau Berta Dachow, Neukölln, Emser Straße 158, Von Bronchialasthma, nervöser Herzschwäche und Neurasthenie geheilt. — 4. Herr K. Enslie, Restaur., Charlottenburg, Hüttenstraße 12, Chronischer Mittelohrkatarrh geheilt. — 5. Frau Käthe Tschöpe, Bln.-Südende, Lichterfelder Str. 37, Von allem. Nervenschwäche, Herzneurose und Unterleibsleiden geheilt. — 6. Frau M. Zafke, Berlin, Nollendorferstr. 40, Rheumatismus u. steife Schulter geheilt. — 7. Herr E. Ehrhardt, Gr.-Lichterfelde, Ringstraße 52a, Chronisches Hüftgelenkleiden wiederholt erfolgreich behandelt. — 8. Frau E. Holdorf, Berlin, Kolberger Str. 28-29, Nerven- u. Knochenhautentzündung — vollständig gelindert — geheilt. — 9. Herr F. Nayda, Berlin, Prinzenallee 72-73, Von Kopf- und Kreuzschmerzen, trockener Brustfellentzündung nach Influenza geheilt. — 10. Frau E. Herzmann, Schöneberg, Feurigstr. 61, Eiternde Fistel nach Blinddarmoperation geheilt. — 11. Herr E. Ritter, Friedenau, Sponholzstr. 56, Von Kniegelenkleiden geheilt. — 12. Frau A. Rohmose, Berlin, Breslauer Str. 1, Altes fünfzehnjähriges Herzleiden geheilt. — 13. Herr M. Aufner, Reinickendorf-West, Antonienstr. 3, Kiefervereiterung geheilt. — 14. Frau H. Hagel, Sachsenhausen b. Oranienburg i. M., Unterl.-Blutungen und Nervenleiden geheilt. — 15. Frau Wwe. Fritschler, Berlin, Marienburger Straße 48, Darmgeschwulst geheilt. — 16. Frau des Herrn Inspektors O. Heinrich, Berlin-Friedrichsfelde, Magdovierhof, Von Geb.-Knickung geheilt. — 17. Herr Erich Bock, Berlin, Havelberger Straße 15, Von Nieren- und Blasenleiden, Wassersucht, allgemein. gross. Schwäche geheilt. — 18. Frau Restaur. Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87, Von Basedowischer Krankheit geheilt. — 19. Herr A. Brose, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 14, Schweres Rückenmarkleiden mit Lähmung der Beine vollständig geheilt. — 20. Frau E. Popp, Bln.-Lichtenberg, Gärtnerstr. 10, Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche u. Verstopfung geheilt. — 21. Herr A. Schlabit, Berlin, Caprivistraße 24, Von Gesichtslupus geheilt; vorher mit Radium erfolglos behandelt. — 22. Herr A. Heliwig, Bln.-Borsigwalde, Ernststraße 25, Von Magengeschwulst, Verstopfung und Nervenschwäche geheilt. — 23. Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Str. 26, Von gichtisch-rheumatischen Schmerzen in Bein und Fußgelenk geheilt. — 24. Herr Gastwirt C. Michaelis, Charlottenburg, Wallstr. 87, Von chronischem Leberleiden und Gelbsucht geheilt. — 25. Frau M. Knorr, Berlin-Lichtenberg, Scharnweberstraße 62, Von Herzschwäche, Leber-Anschwellung und Magenkrebs geheilt. — 26. Sohn Paul des Weichenstellers Herrn Wilhelm Halfer, Berlin-Westend, Baumtenhaus, Von schwerem Beinleiden geheilt, Bein sollte abgenommen werden.
Briefliche Original-Anerkennungen von uns geheimer Patienten stehen im Wartezimmer der Anstalt auf Wunsch zur Einsicht.
Sprech- u. Behandlungszeit: 9—1, 4—7 1/2, Sonn- u. Feiertags 9—1.
Prof. Dr. med. u. Dr. der Mechanothérapie
P. Mistelsky, Arzt
im Auslande approbiert, von der deutschen Regierung anerkannt
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke
Keine briefliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung in der Heilanstalt
30jährige Praxis
Jackett-Anzüge, Cutaways, Waistcoats auf Seide, früher bis 1200 M., jetzt für 400—500 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt; Kreuzfische, Zobel, Blau-Weiß, Silberfische. Keine Lombard

Arbeit und Wohnung.

Die Stadtverordneten gegen die Vororttariferhöhung.

Zwei wichtige Fragen, die Arbeitslosigkeit und der Wohnungsmangel, beschäftigten gestern die Stadtverordnetenversammlung. Eine Reihe von Anträgen, die von den drei Fraktionen der Linken zum Beschluß erhoben wurden, wolle die Arbeitslosigkeit vermehren. In diesem Zusammenhang kam auch der Tiefbauarbeiterstreik und das Verhalten der Unternehmer zur Erörterung. Ein gleichfalls von den drei linksstehenden Fraktionen gefaßter Beschluß, der den Streik betrifft, fordert vom Magistrat unter anderem, die von ihm beschäftigten Tiefbauunternehmer zur Zahlung der im Baugewerbe üblichen Löhne zu verpflichten. Das Wohnungs- und Siedlungsproblem wird eingehend erörtert bei der Magistratsvorlage betreffend die zu schaffende Stelle eines Städtebaudirektors. Zur Debatte standen hier auch mehrere auf die Wohnungsnot sich beziehende Anträge, darunter der von Sozialdemokraten und Unabhängigen gemeinsam eingebrachte Antrag, der ein groß angelegtes Programm von Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zugleich der Arbeitslosigkeit aufstellt. Es kennzeichnete die rechtsstehenden Fraktionen, daß sie an dieser Wiederaufbauarbeit nicht teilnehmen wollen. Sie konnten aber nicht verhindern, daß die Stelle des Städtebaudirektors genehmigt und die Anträge zum Beschluß erhoben wurden. Nachher kam es zu einer Kundgebung seltener Einmütigkeit. Man erlebte das in der Stadtverordnetenversammlung ganz ungewöhnliche Ereignis eines dringlichen Antrages mit den Unterschriften aller Fraktionen von Koch bis Dörr. Er wandte sich gegen die neue Erhöhung der Vororttarife und wurde einstimmig angenommen.

Sitzungsbericht.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Dr. Wenl pünktlich um 5 Uhr eröffnet. Zu Beginn der Sitzung sind etwa 15 Mitglieder anwesend. Die Sommerferien werden auch in diesem Jahre in die Monate Juli und August fallen.

Der Ausschuss zur Vorbereitung von Maßnahmen zur

Behebung der Arbeitslosigkeit

bet gestern getagt und einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, Mittel zur Fortführung der Arbeiten am Kriegerdenkmal in der Kolonialstraße zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluß wird heute als dringlicher Antrag eingebracht und in der Beratung mit einer Reihe von Anträgen gleicher Tendenz der U. Soz. und der Kommunisten verbunden.

Berher gelangt ein Dringlichkeitsantrag der Deutschen Volkspartei zur Annahme, der die alsbaldige Einrichtung der im Gießer-Groß-Berlin vorgeschlagenen Siedlungsstelle fordert.

Von den U. Soz. ist der Antrag gestellt: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die von ihm beschäftigten Tiefbauunternehmer zu verpflichten, die im Baugewerbe üblichen Löhne zu zahlen und die Bezahlung der während des Streiks der Tiefbauarbeiter eingeleiteten Technischen Nothilfe abzulehnen, weiter aber auch die Aushilfsarbeiten in Schönow und die Kanalarbeitsarbeiten in der Reinickendorfer Straße fortzuführen.“

Die Kommunisten haben am 10. März die Bewilligung von Mitteln für den

Sport- und Volkssport auf dem Tempelhofer Felde

und für die Weiterführung der Arbeiten am Zentralfriedhof in Rudow sowie die sofortige Wiederaufnahme der stillgelegten Nothilfsarbeiten an der Untergrundbahn und an den Gasanlagen in Reußhain beantragt.

Der Ausschussantrag wird mit großer Mehrheit angenommen; die anderen Anträge gelangen mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien zur Annahme, für den Antrag betr. die stillgelegten Nothilfsarbeiten stimmen auch die Demokraten.

Eine Geschäftsordnungsdebatte knüpft sich an die Beschwerde des Stadts. Dr. Caspari (D. Sp.), daß die Sitzung unter Nichtbeachtung des akademischen Ritus zu früh begonnen habe. Der Vorsitzende erwidert, daß künftig die Sitzungen pünktlich um 5 Uhr beginnen werden.

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

An einem solchen Tage trabte sie über die Felder nach der Koppel hin. Sie sollte Rasmus Ritter bitten, am nächsten Tage zu kommen; das Frühjahrspflügen sollte seinen Anfang nehmen. Er war nicht auf dem Hof gewesen, seit sie vor einem Monat mit dem Dreifachen fertig geworden waren, da nichts für ihn zu tun gewesen war. Das Wasser an den lehmigen Stellen war noch nicht gesunken, jeden Augenblick behielt der aufgeweichte Boden einen von Stines Holzschuhen zurück; und sie mußte auf einem Bein stehen, während sie ihn loszubekommen suchte. Die Erde hielt den Schuh wie ein gieriger Saugmund fest; und gab sie ihn endlich frei, so geschah's mit einem lauten Seufzer, der Stine lachen machte.

Sie war guter Laune. Es war so schön, eine Zeilang vom Hof wegzukommen; und vor allem war es gut, daß das Licht kam und in allen Winkeln nachsah. Da war so vieles, dem heimgeleuchtet werden mußte.

Rasmus Ritters Hütte lag ganz draußen an dem entfernten Ende der Koppel, ein gut Stück jenseits der Weide. Unten im Sumpf, wo sie geschützt hatte, stand Wasser; sie mußte darum herumgehen, am Rande der Felder entlang. Aber es machte Spaß, hinunterzusehen und alle die Rester wiederzuerkennen, obwohl der Winter sie unbarmherzig abgegraben hatte; ein eigenwilliges, trauriges Heimatgefühl schlug ihr von dort unten entgegen, und sie sehnte sich noch stärker nach dem Sommer.

Der Tagelöhner war nicht zu Hause. Seine Frau hantierte am Schornstein, als Stine kam; sie war ungemüht und in der Unterjacke, obwohl es bald Mittag war. In der Hütte sah es ärmlich und schmutzig aus. „So, du darfst mich nicht ansehen,“ sagte sie und hielt mit ihrer schwarzen Hand die Unterjacke über der Brust zusammen. „Man hat so viel zu tun gehabt, um das Haus in Ordnung zu halten, da hat man noch keine Zeit gehabt, sich selbst zurechtzumachen.“ Ja, Stine sah, welche Ordnung hier herrschte. . . . alles lag drunter und drüber, die Betten waren noch nicht einmal gemacht!

Vom Magistrat ist die Schaffung der Stelle eines Städtebaudirektors

d. h. eines Generaldezernenten für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen, vorgeschlagen. Von den Soz. und U. Soz. ist dazu beantragt, die Stelle auszuschreiben, die Anstellung einstweilen auf Dienstvertrag zu vollziehen und als Bedingung vorzuschreiben, daß die Bewerber organisatorische, verwaltungstechnische und volkswirtschaftliche Kenntnisse, auch besondere fachtechnische Befähigung besitzen müssen. — Ein Antrag der Demokraten vom 24. Februar verlangt restlose Aufsummierung aller für eine vorausschauende Siedlungs- und Wohnwirtschaft Berlins unentbehrlichen Arbeitsgebiete und die Anstellung eines technischen Generaldirektors. — Ein Antrag der Kommunisten fordert schnellstens geeignete Schritte zur Ausschreibung der leerstehenden Kavernen für Wohnzwecke. — Vom 14. April datiert der Antrag der Soz. und U. Soz., zur Behebung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unverzüglich einen technischen Generaldirektor für Wohnungs- und Siedlungswesen zu bestellen, dem alle speziellen Arbeitsgebiete mit fachtechnisch vorgebildeten Abteilungsleitern an der Spitze zu unterstellen sind. Im weiteren gibt der sehr umfangreiche Antrag Fingerzeige für die Bekämpfung der Bauarbeitslosigkeit und Grundzüge für die Bauausführung, fordert verstärkte Eröffnung und Verteilung des verfügbaren Wohnraums an die Wohnungssuchenden, Freigebung der aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellten Mittel für Reparaturen an Häusern in Zwangsverwaltung oder in Stützungsbesitz und beschleunigte Bereitstellung weiterer Bauförderzuschüsse für Neubauten, Umbauten und Mietwohnungen. — Endlich liegt ein Antrag Wenl vor, bei allen Vergabungen von Hoch-, Tief-, Erd- und Betonarbeiten durch die Stadtgemeinde und die Verwaltungsbezirke Angebote der Reußhainer Stadtbau-Gesellschaft und der sozialen Baubetriebe und Bauhütten einzufordern.

Ueber alle diese Anträge wird die Diskussion mit der der Magistratsvorlage verbunden. — Hütchen (D. Sp.) lehnt letztere ab, will aber den Anträgen immerhin eine Prüfung im Ausschusse gönnen. — Dr. Herz (U. Soz.) führt aus, daß die Vorlage dem großzügigen Plane, den die beiden sozialistischen Parteien am 14. April vorgelegt haben, nicht gerecht werde. Es handle sich um die Schaffung der Verwaltungseinheit auf dem Gebiet des gesamten Wohnungswesens; die neue Stelle werde u. a. auch die dringende Aufgabe haben, die Probleme zu lösen, bei denen die Wohnungswesen verfaßt haben. — Bender (Dnat.) läßt dem Antrag der Soz. und U. Soz. in manchen Beziehungen Gerechtigkeit widerfahren, spricht sich gegen den Antrag der Kommunisten aus und befürwortet Ueberweisung aller Anträge und der Vorlage an einen Ausschuss. — Holz (Soz.): Man wolle nicht einen neuen Bureaukraten, sondern eine überragende Kraft, die nicht durch ein Dergernat gelehrt, in das Hoch- und Tiefbau, wie in das Wohnungswesen bestimmend einreisen könne. — Stadtrat Bunkl: Die Kommissare sind zurzeit besetzt; damit erledigt sich der Antrag Gabel. Was der Antrag Wenl-Heimann verlangt, bedeutet für den Mann, den wir brauchen, eine unerhörte Belastung, unter der er erstickt müß. Woraus es ankommt, ist, daß der Mann die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Bauarbeitslosigkeit, wenn sie wieder kräftiger einsetzt, sich in gebundenen Bahnen bewegt. — Schubert (Dem.) erklärt sich für den Magistratsantrag. — Dörr (Komm.) erkennt in dem Antrag Wenl-Heimann einen der früher von der Mehrheit abgelehnten kommunistischen Anträge wieder, der in etwas veränderter Gestalt wieder vorzustehen sei. Die Kommunisten würden für den Antrag und für die Vorlage stimmen und Ausschussberatung ablehnen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag auf Ueberweisung der Anträge an einen Ausschuss wird gegen die Bürgerlichen abgelehnt. Mit der Ergänzung nach dem Antrage Wenl-Heimann wird die Vorlage angenommen; ebenso gelangen die sämtlichen Anträge mit den Stimmen der 3 Parteien der Linken zur Annahme.

Zur Beratung kommt sodann die Vorlage wegen Bildung einer einheitlichen Bezirksamtsdeputation

und eines einheitlichen Bezirksamtsausschusses für die Verwaltungsbezirke I—VI.

Nach längerer Aussprache wird die Vorlage mit einer von Frau Riedler (Soz.) beantragten Erweiterung der Zusammensetzung der Schuldeputation angenommen.

In dem einen Bett lagen zwei Kinder und prügeln sich; sie mochten sechs und acht Jahre sein. „Sind sie krank?“ fragte Stine.

„Nein, das sind sie nicht,“ erwiderte die Frau. „Aber wir haben nicht genug Kleider, um alle anzuziehen, darum müssen immer je zwei im Bett bleiben. Es ist ein recht schlimmer Winter gewesen, wahrhaftig.“

Stine mußte warten und Kaffee trinken. „Wenn nicht das Unglück wollte, daß einem das Fettzeug abhanden gekommen wäre, so hättest du 'nen Pfannkuchen zum Kaffee gebrüht,“ sagte die Frau und ließ aus und ein und suchte. „Ich hatte den Kindern Pfannkuchen zum Mittag versprochen, damit sie ruhig sein sollten, und den Teig hab' ich auch gerührt, aber nun fehlt einem das Fett für die Pfanne. Es ist ganz merkwürdig!“ sagte sie. „Ich weiß ganz bestimmt, daß die Jungen heut morgen, eh' sie zur Schule gingen, herumliefen und sich damit schlügen.“ Sie lief um die Hütte herum, daß die Röcke um sie flogen, und blieb eine Weile fort. „Ja, nu haltet's Maul!“ rief sie den Kindern zu, die die Hälse aus dem Bett reckten. „Man kann wohl nicht mehr tun, als man tut!“ Dann tauchte sie von der andern Seite her auf. In der Hand hielt sie etwas, das einem langen schmutzigen, zu Hause gegossenen Taglicht gleich. „Hier ist es doch, ich hab's mir ja gedacht,“ sagte sie und warf die Pfanne übers Feuer. Dann nahm sie den Gegenstand und rührte mit seinem Ende in der Pfanne herum; diese wurde schwach angefettet, und sie begann ein wenig zu bräuneln.

„Was ist das?“ fragte Stine verwundert. „Ist das ein Licht?“

„Das, — das ist eine Eberrote. Sonst hängt sie immer hier am Schornstein, aber heut morgen hat mein Alter damit seine Holzschuhstiefel eingeschmiert, und dann haben die Jungen sie genommen.“

„Biel Fett ist aber nicht dran,“ sagte Stine, äußerst interessiert an dem Resultat; sie wollte den sehen, der es fertig brachte, damit die Pfannkuchen von der Pfanne loszukriegen.

„Nein, ein bißchen trocken ist sie allerdings, — sie ist von einem alten Eber. Am besten eignet sie sich zum Gefäß-einfetten. Mein Alter gebraucht sie immer, wenn die Kinder bestraft werden sollen. Aber nu komm und seh' dich, denn kommt Kaffee!“

Die neuen Gebührenordnungen für die Baupolizei und für das Statistische Bureau werden genehmigt.

Im Anschluß daran nimmt die Versammlung auch einen Antrag des Ausschusses zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge an, der die Auflegung eines weiteren Stadtwortes auf Geschäftshäuser und Verwaltungsgebäude befürwortet, sowie einen Antrag des Stadts. Hofmann (U. Soz.), der die Uebertragung der

Baupolizei

vom Staate auf die Stadt verlangt und im wesentlichen einem im Ausschusse abgelehnten früheren Antrage der Demokraten entspricht. Zur einstimmigen Annahme gelangt weiter ein von allen Fraktionen unterschriebener Antrag Koch-Dörr, den Magistrat zu ersuchen, an die Reichsregierung das dringende Ersuchen zu richten, von der in Aussicht genommenen weiteren

Erhöhung des Vororttarifs

Abstand zu nehmen.

Bürgermeister Ritter: Der Antrag berührt in gewissem Sinne eine Lebensfrage für Groß-Berlin. Eine Voraussetzung für die Siedlung sind erleichterte Verkehrsbedingungen. In diesem Sinne wird sich der Magistrat der Sache eifrig annehmen.

35 000 M. werden an Reparaturkosten für sofortige Instandsetzung von 60 Feldböden für die Außenspielplätze bewilligt.

Der Umbau des Krankenhauses Moabit

wird genehmigt und aus Anleihemitteln ein Betrag von 12 843 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Schluß gegen 10 Uhr.

Luxushotel oder Volkshotel?

In einer von dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten einberufenen Versammlung wurde jüngst mit aller Schärfe gegen die unaufhörliche Schließung wichtiger Gaststätten Einspruch erhoben. Auch in bürgerlichen Blättern wird die Hotelfrage lebhaft erörtert und es wurde mitgeteilt, daß die Deutsche Bank das altbekannte Berliner Hotel „Zur goldenen Gans“ in der Heiligen-Geist-Straße, die ACO, den „Walden Hof“ in der Invalidenstraße, in dem sich vor Jahren das bekannte Lokal „Alter Kuhstall“ befand, angekauft haben. Auch diese Gaststätten werden somit dem Berke entzogen. Zweifellos bedeutet der augenblickliche Abbau der Hotels eine schwere Schädigung sämtlicher im Hotelwesen beschäftigten Angestellten. Es fragt sich nur, ob in absehbarer Zeit eine Besserung dieser Zustände eintreten kann.

Spricht man vom Hotel, so muß man auch von denen sprechen, um deren willen die Hotels da sind, nämlich von den Reisenden. Wer aber kann sich heute leisten, in einem Berliner Hotel abzuweilen? In erster Linie die Ausländer, die durch den Stand ihrer Valise auch die höchsten Hotelpreise ausgleichen können, sodann unsere eigene Mittels- und Schicht, ein Teil der Berufsreisenden, die die Hotelkosten auf die Spesen verrechnen können. Hinsichtlich der Vergütungsreisenden aber vollzieht sich ein deutlicher Umbruch, steigend in kleineren Hotels, viel mehr aber noch in Privatpensionen ab. Außerdem aber wird mehr und mehr der Tarifverkehr üblich. Im Sommer fahren die Berliner zu Verwandten und Bekannten aufs Land. Dafür kommen diese im Winter nach Berlin. Eine große und wichtige soziale Beamtenorganisation, die kürzlich in Berlin eine Tagung abhielt, hat es durch Aufruf verstanden, ihre sämtlichen auswärtigen Vertreter gegen Erstattung der Unkosten in privaten Haushalten unterzubringen, denn kein Mensch mit kleinem Einkommen kann die Unkosten für einen mehrtägigen Aufenthalt in einem Berliner Hotel erschwingen; weder er noch seine Organisation.

Die Entwicklung wird aber noch zu ganz anderen Verhältnissen führen. Die immer härtere steuerliche Belastung der großen Einkommen und Vermögen wird diese Kreise zu einer Einschränkung ihrer Bedürfnisse zwingen. Luxushotels werden schließlich nur für Ausländer und die obersten 300 zu erschwingen sein. Es wird also wenige ganz große und feudale Hotels geben und eine Anzahl für die minderbemittelte Bevölkerung. Und da entsteht die Frage, ob da nicht kommunaler oder sozialistischer Unternehmungsgeist einsetzen soll. In der Schweiz und in Amerika sind die gemeinnützigen Volkshotels längst heimisch. In Romel wird ein kommunales Hotel gebaut, in Bodum ein ähnliches. Will Berlin seinem Ruf als Fremdenstadt sich erhalten, so wird es eines Tages auch an die Lösung der Frage der Fremdenunterkunft herantreten müssen. Das deutsche Unternehmertum ist nie zu egoistisch, als daß man von ihm gemeinnützige Volkshotels mit geringer Gewinnquote erwarten dürfte; es wird immer wieder an die teuren Luxushotels herangehen. Deshalb muß das Volk versuchen, sich seine eigenen Gaststätten zu schaffen, sei es auf genossenschaftlichem Wege, sei es durch die Gemeinden. Wie auf so vielen kommunalen Gebieten stehen auch auf diesem noch alle Wege offen.

Rein, Stine hatte Eile. „Sonst krieg' ich Scheiße!“ sagte sie. Sie wollte keine von den Pfannkuchen essen.

„Ra ja — ja, es war gut, daß du gekommen bist. Mein Mann wird ganz mürrisch davon, wenn er nichts zu tun hat. Etwas Ordentliches vorzusetzen hat man ja nicht, wenn man nichts verdient, — und dann weiß man ja, wie es um den häuslichen Frieden bestellt ist. Hätten wir nicht ein paar Heringe in der Lonne gehabt und Kartoffeln in der Grube, dann hätt's ganz schlimm ausgesehen. Für uns hier ist es ein garstiger Winter gewesen. Trist war das Wetter, trist ist es auf dem Balkhof, und trist ist er selber, — wie soll man da anders sein? Es wird gut tun, wenn man ihn mal für 'ne Zeilang los wird.“

Die Tage wurden lang und hell. Stine durfte in ihrer kleinen Kammer kein Licht brennen, aber jetzt war's hell genug, wenn sie nur die obere Halbtür offen stehen ließ. Ein Fenster war nicht vorhanden.

Ihr Kammerchen lag im ältesten Hofflügel, der einst — vielleicht vor zweihundert Jahren — Wohnhaus gewesen war. Das Pflaster war noch da aus jener Zeit, als der Raum als Vorküche diente. Auch der offene Kamin stand noch, aber in Deckenhöhe war er mit Stroh verklebten, das auf Stangen gelegt war; da drinnen in dem Kaminraum stand ihr Bett wie in einem Klotzen, — es war gerade Platz dafür. Ueberm Bett sah noch die gezackte Eisenfange, an der der Kochtopf gehangen hatte. Wenn's regnete, troff uralter Rost die Mauer an ihrem Kopfstücken herab; der starke Geruch erinnerte an Grobchen und ries wehmütige Träume hervor. Es geschah, daß die Mäuse sich durch den Lattenboden nagten und auf Stines Deckbett herabfielen.

Aber sie war entzückt von diesem Loch, zum erstenmal in ihrem Leben hatte sie ihr eigenes Zimmer. Sie hatte es sich da drinnen ein wenig gemütlich gemacht mit einer alten Kiste, die sie auf die hohe Kante gestellt und über die sie ein weißes Tuch gebreitet hatte. Die Kiste erlebte Kommode und Waschtisch. Und an der Kante des offenen Schornsteins hatte sie eine lange blaue Gardine mit Fransen befestigt, die sie auf dem Speicher gefunden hatte; sie hatte einmal zu einem Himmelbett gehört und bildete einen großartigen Klotzen. Auf der „Kommode“ stand ein Stück Spiegel. (Fortf. folgt.)

Die Nachtsitzung des Reichstags.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt. In der Diplomatenloge wohnen die Vertreter fremder Staaten den Verhandlungen bei.

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung um 9 Uhr abends. Zu gleicher Zeit tritt der neue Reichskanzler Dr. Wirth mit den Mitgliedern des Kabinetts den Sitzungsraum.

Präsident Eöbe:

Berle Abgeordneter! Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Ernste getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde uns allen gebietet. (Beifall.) Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung. Das Wort hat der Herr Reichskanzler!

Reichskanzler Dr. Wirth:

Meine Damen und Herren! Der Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Ich habe geglaubt, in einer so entscheidenden schweren Stunde mich diesem Rufe nicht verweigern zu dürfen. Zu Reichsministern sind durch den Herrn Reichspräsidenten ernannt worden. (Der Reichskanzler verliest die andernorts wiedergegebene Ministerliste.) Die Umstände, unter denen die Regierung gebildet werden mußte, haben es mit sich gebracht, daß nicht alle Ministerien zugleich besetzt werden konnten. Die hierdurch gebotene Ergänzung des Ministeriums soll unter Ermöglichung aller für die Zusammenfassung des Ministeriums wesentlichen Gesichtspunkte in Angriff genommen werden.

Unsere Aufgabe

In dieser schweren Stunde ist es, die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierungen herbeizuführen. In eingehenden Verhandlungen haben Sie, meine Damen und Herren, sich Ihre Meinungen über Inhalt und Bedeutung dieses Ultimatums gebildet. Im Hinblick auf den Ablauf der Frist muß ich Sie bitten, dieser Ihrer Meinung durch eine unverzügliche Entscheidung Ausdruck zu geben. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als Annahme oder Ablehnung: so hat es der Sieger beschlossen. Ein „Ja“ bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen, ein „Nein“ wird bedeuten: Zwangsvollstreckung in unsere ganze Volkswirtschaft, Sklavenarbeit unter der Drohung feindlicher Bannstrafe, würde die Zerstückelung unseres so stark geschwächten Wirtschaftskörpers bedeuten, Annullierung des ganzen Erwerbslebens wäre die Folge. Noch ungeheurer könnte sich die Wirkung auswirken für unsere politische Existenz. Für unser Reich steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Zustimmung.) Es handelt sich um die ganze Zukunft unseres hart geprüften deutschen Vaterlandes, um das Reich und seine Einheit zu retten, Deutschland von der Gefahr einer feindlichen Invasion zu bewahren, die deutsche Freiheit zu bewahren, ist das deutsche Volk... (die nächsten Worte gehen in großem Lärm der Kommunisten unter.)

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an. (Bewegung.) Wir wissen, daß mit dieser Annahme gewaltige Folgen verknüpft sein werden für die Befolgung unseres Wirtschaftsliebens. Wir wissen vor allem, daß die Wirkungen für die weltwirtschaftliche Eingliederung Deutschlands außerordentlich schwer sein werden. Die Verantwortung für die weltwirtschaftliche Bedeutung des Ultimatums liegt aber bei der Gegenseite. (Sehr richtig!) Unsere Verantwortung erfordert volle Klarheit und volle Aufrichtigkeit. (Bewegung.) Zwecklos wäre es, ein „Ja“ auszusprechen, ohne den ernsten und entschlossenen Willen, das äußerste aufzubieten, den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden. Nur durch Leistungen, nicht durch Worte können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir müssen aber verlangen, daß

eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse

im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Annahme des Ultimatums befeitigen wir die drohende Befehung des Ruhrreviers. (Wahl auf der äußersten Rechten und äußersten Linken.) Die Befürchtung, daß — mögen wir unterzeichnen oder nicht — es doch einmal zu der Befehung kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. (Lachen rechts.) Nach dem Sinn und dem Wortlaut bildet die Abständnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbefehung des Ruhrreviers, die Grundlage der Annahme des Ultimatums. (Beifall.) Daß wir bei dieser schicksalsschweren Entscheidung unseren Blick auch auf Oberschlesien richten, bedarf keiner Begründung. Ausschlaggebend muß das beste Ergebnis der Volksabstimmung sein. (Erneuter Beifall.) Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, ein allem Recht höhnsprechende Tatfache zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall polnischer Terror unser Recht aus dem Friedensvertrag mit Füssen tritt. Dieser Friedensvertrag, durch den uns, durch den Deutschland und seinem Volke gigantische Lasten auferlegt werden, begründet für die alliierten Regierungen heilige Pflichten, die der englische Premierminister noch in diesen Tagen ausdrücklich anerkannt hat. Die neue Regierung empfiehlt Ihnen noch pflichtmäßiger Prüfung die Annahme des Ultimatums. (Beifall bei der Mehrheit.)

Darauf verliest Abg. Wels (Soz.) die an anderer Stelle wiedergegebene Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion.

Abg. Trimborn (Ztr.):

Namens der Zentrumsfraktion habe ich die folgende Erklärung abzugeben: Der Vertrag von Versailles hat uns die Verpflichtung auferlegt, alle Schäden wieder gutzumachen, die den Zivilverwaltungen jeder der alliierten und assoziierten Mächte an ihrem Gute während des von uns verlorenen Krieges zugefügt worden sind. Die Höhe dieser Vergütungen ist von der im Friedensvertrage vorgesehenen Wiedergutmachungskommission unserer Gegner nunmehr auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt; diese sind von uns gefordert. Die Geschichte kennt Zahlungen von dieser Höhe nicht; es fehlt jede Erfahrung darüber, ob sie überhaupt aufgebracht werden können.

Die zweite Frage erhebt sich daher, ob sie nicht wegen Leistungsunfähigkeit zu verweigern sind. Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Alliierten

in seinem Fortbestande weniger gefährdet

sei, als bei ihrer Ablehnung eintretenden Wirkungen. Im Falle der Ablehnung sind wir mit der Befehung des Ruhrreviers bedroht. Wir sind uns bewußt, daß wir zur Erfüllung dieser Forderung uns in unserer Lebenshaltung, unserer Ernährung, unserer Einkehr einschränken und unsere Produktion und unsere Steuern steigern müssen. Zu unseren Geldleistungen und zu unserer tätigen Mitarbeit am Wiederaufbau Nordfrankreichs werden Sachleistungen hinzuzutreten haben. In der Ueberzeugung, daß es für die Erhaltung und für die Wiederaufrichtung Deutschlands keinen anderen Weg gibt, als die Unterfertigung der Reichsregierung, haben wir uns entschlossen, unsere Zustimmung zu ihr durch unser Ja zum Ausdruck zu bringen, womit wir zugleich die Erfüllung unserer Entwaffnungszusage aussprechen. Dem Kabinetts, das auf der Grundlage der Bereitschaft zur Unterschrift gebildet ist, sprechen wir unser Vertrauen aus. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.):

Namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Fraktion ist einmütig der Auffassung, daß die in dem Ultimatum uns zugemuteten Leistungen von der deutschen Volkswirtschaft nicht getragen werden können, ohne die Substanz der deutschen Wirtschaft in einem Maße anzugreifen, daß dadurch deren Niederbruch herbeigeführt werden müßte. Die Fraktion ist sich dabei bewußt, daß jede Regierung in der Frage der Erfüllung der Entschuldigungsverpflichtungen positive Arbeit im Rahmen äußerster Anspannung unserer Leistungsfähigkeit versuchen muß, wie Deutschland sie grundsätzlich gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht hat. Die Durchführung der uns auferlegten Bedingungen ist aber insbesondere unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der heutigen sozialen Lage der deutschen Arbeiterchaft, und stellt die Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung des Reiches in Frage.

Die Bedingungen des Ultimatums befeitigen die Souveränität des Deutschen Reiches auf dem Gebiete seiner Wirtschaftsführung und seiner Finanzgesetzgebung. Sie stellen das Deutsche Reich unter eine internationale Kontrolle, die uns nicht einmal die Freiheit läßt, nach unserer eigenen Kenntnis der Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens denjenigen Wege einzuschlagen, die nach unserer Ueberzeugung für die Erhaltung des Wirtschaftslebens notwendig sind. Das Ultimatum verlangt unsere Zustimmung zu solchen Bedingungen in einer Zeit, in der die Grenzen des Reiches noch nicht feststehen, wohl aber die Pläne Frankreichs, uns einer der wichtigsten Grundlagen unserer Kraft, des ober-schlesischen Industriegebietes zu berauben.

Die Forderungen der Entwaffnung

sind nicht einmal vereinbar mit dem Sinn und dem Wortlaut des Friedensvertrages, sie berauben uns im Osten derjenigen letzten geringen Verteidigungsmöglichkeit, die uns gegeben war. Die Annahme des Ultimatums bewahrt uns auch nicht vor neuen Bergewaltigungen. Wir haben bisher noch keine Zustimmung erlangen können, daß die Annahme des Ultimatums uns Oberschlesien gewährleistet. Damit sind für alle meine Fraktionsmitglieder Voraussetzungen gefallen, dem Ultimatum zustimmen zu können. Wir lehnen es ab.

Abg. Hergt (Dnat.):

Wir erleben jetzt dasselbe Schauspiel wie in Weimar: Kopfschütteln, fortwährender Stimmungswandel, Kleinmütigkeit und dergl. Nur so konnte es zu der überfüllten Entscheidung kommen. Die neue Regierung ruht auf schwachen Füßen. Die Sozialdemokratie übernimmt die Verantwortung dafür, daß die deutsche Arbeiterchaft in widerstandslose Abhängigkeit von ausländischem Kapital gerät. Die neue Regierung hat bezüglich Oberschlesiens ihre Hoffnung auf von englischer Seite abgegebene Erklärungen gesetzt. Sie sind sehr vage. Die erste Aufgabe ist es, von Oberschlesien zu retten, was zu retten ist. Wir verlangen hier eine erlösende Tat.

(Unruhe links und Zurufe.) Wir müssen die von Insurgenten besetzten Teile Oberschlesiens wiedererobern. Von den Instanzen der Entente haben wir keine positive Zusicherung bezüglich Oberschlesiens erhalten. Deshalb haben wir uns durchgerungen zur Ablehnung des Ultimatums. Wir müssen uns die Frage vorlegen, wie wir unsere Ehre wahren. (Zwischenruf des Abg. Borch (Komm.): Der spricht von Ehre. — Ordnungsruf.) Das Ultimatum tut unserer Ehre Gewalt an. Es benutzt wieder einmal die Entwaffnungsfrage dazu, Zwietracht in das deutsche Volk zu säen. Lobd George singt wieder sein Sirenenlied: Sorgt nur für eure Entwaffnung, dann wird die Entente mit sich reden lassen. Ohne Beweise können wir keine angeblichen Kriegsverbrechen verurteilen. (Lärm links.) Es bleibt eine ernige Aufgabe, daß wir das Ultimatum erfüllen können. Hier wird dem Auslande zum ersten Male der Beweis dafür gegeben, daß wir wirklich unwehnsfähig

sind. (Beifall rechts — Lärm links.) Die Ausführung der Entwaffnung ist unamöglich. Der einmütige passive Widerstand eines 60-Millionen-Volkes würde nicht ohne Erfolg bleiben. Jetzt wäre Gelegenheit, die Einheitsfront der Abwehr zu bilden. Dem Mutigen gehört die Welt! Deshalb sehen wir den Forderungen unserer Feinde ein klares und entschlossenes „Nein“ entgegen. Zum Schluß gibt der Redner eine formulierte Erklärung ab, in der es heißt: Wenn die Mehrheit durch diese Unterzeichnung und die mit ihr verbundene Unwahrheit belastet ist, dann muß der andere Teil in Zukunft die Aufgabe übernehmen, alle Kräfte des Volkes zu sammeln. Noch gibt es aufrechte Männer genug. Einst wird Deutschland einer besseren Zeit entgegengehen. (Beifall rechts. — Vereinzeltes Händeklatschen auf den Tribünen. — Lebhaftes Pfuirufe und Zischen bei der Mehrheit.)

Abg. Ledebour (U. Soz.):

gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die unabhängige Sozialdemokratie ist nach eingehender Prüfung der Gesamtlage zu dem Ergebnis gekommen, daß die Reichsregierung die Bedingungen des Ultimatums vom 3. Mai unter dem Zwange der angedrohten Gewaltmaßnahmen annehmen muß. Sie hat stets den Versaillesvertrag als einen Gemaltsfrieden des siegreichen Imperialismus verurteilt. Nicht minder verurteilt sie auch die wirtschaftlichen Forderungen des Ultimatums als schwere Schädigung sowohl für die deutsche Arbeiterchaft wie für die aller anderen Länder. Die Ablehnung der Forderungen würde jedoch dem deutschen Volke, besonders aber der deutschen Arbeiterchaft

Unheil und Verderben

bringen. Sie würde die sofortige Befehung des Ruhrreviers zur Folge haben. Die Aushungerung der deutschen industriellen Produktion, die Brachlegung von Industriewerken und Verkehrseinrichtungen aller Art würden eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht gekannter Ausdehnung herbeiführen und das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerrütten. Diese katastrophalen Erscheinungen würden noch erheblich verstärkt werden durch die Ablehnung der Forderungen betreibers der Entwaffnung und der Aburteilung der Kriegsverbrecher. Die Entente könnte das als einen

Beweis der Dummigkeit

Deutschlands auslegen und aus dieser Stimmung heraus die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens entgegen dem Abstimmungsergebnis zugunsten Deutschlands fällen. Damit würde dann auch der ober-schlesische Kohlenbezirk Deutschland verloren gehen. Es liegt im dringendsten Interesse der deutschen wie der polnischen Arbeiter, daß eine friedliche Verständigung zwischen Polen und Deutschland durch die Einwirkungen des internationalen Proletariats herbeigeführt wird. Die geforderten erheblichen Entschädigungssummen sind auf ihre wirtschaftlichen Wirkungen hin nicht genügend überprüft worden. Aber das ernste Bewußtsein, mit ihrer Durchführung zu beginnen, schafft Deutschland wenigstens eine Atempause. Die Praxis wird sehr bald beweisen, daß die erzwungenen Lieferungen nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes untergraben, sondern auch das Wirtschaftsleben der Ententestaaten und der Neutralen zerrütten müssen. Diese unermesslichen Folgen werden bald in den Ententeländern, zunächst bei der Arbeiterchaft, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Umgestaltung des Friedensvertrages und der Reparationsforderungen auslösen. Die internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen werden durch ihre Kämpfe gegen Militarismus und Imperialismus auch in den Ententeländern die herrschenden Mächte zu einer Aenderung ihrer Gewaltpolitik nötigen. Deshalb ist die

Annahme des Ultimatums als das kleinere Uebel

der Ablehnung mit ihren sofortigen katastrophalen Wirkungen un-

bedingt vorzuziehen. Die endgültige Rettung kann nur durch Befehung des kapitalistischen Ausbeutungssystems erfolgen.

Die letzten provozierenden Aeußerungen des Vorgesetzten nötigen mich noch zu einigen Erwiderungen. Sie (nach rechts) hätten vor allen anderen Parteien in dieser ersten Schicksalsstunde die Pflicht, an Ihre Brust zu schlagen und zu sprechen: Gott sei mit Sünden gnädig! (Sehr wahr! links.) Herr Hergt gehörte seinerzeit zu den Befürwortern des rücksichtslosen U. Boot-Krieges. Die Unfähigkeit seiner Freunde in Verbindung mit einer völlig moralischen Politik hat uns in diese Lage geführt.

Abg. Dr. Haas (Dem.):

Jeder ernsthafte deutsche Mann muß sich in diesen Tagen in schwerer Gewissensnot befinden haben. Aber die Rede des Abg. Hergt war nicht so, als ob er einen Blick hätte für die Gewissensnot anderer Abgeordneter. Die jegliche Entscheidung war noch schwerer als die über den Versaillesvertrag. Nach unserem Gefühl, unserer Stimmung hätten wir das Ultimatum ablehnen müssen. Wenn wir das Ultimatum annehmen, so erwarten wir von der Entente gerechte Entscheidung über Oberschlesien auf Grund des Abstimmungsergebnisses, vor allem sofortige

Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Oberschlesien.

Hätte die Interalliierte Kommission ihre Pflicht getan, dann wäre es zu Blutvergießen nicht gekommen. Den Italienern sprechen wir für ihre Pflichterfüllung unsere volle Anerkennung aus. (Beifall.) Die Annahme des Ultimatums bedeutet keine Zustimmung und Billigung der bisherigen oder weiterer Sanktionen. Wir erwarten endlich Durchführung der Befehung im Westen auf ein erträgliches Maß.

Am 12 Uhr 25 Minuten wird in namenlicher Abstimmung das Ultimatum der Entente mit 221 gegen 175 Stimmen angenommen.

General und Dolchstoßlegende.

In der „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich der General v. Zuehl mit einem Buch des sächsischen Generalmajors Baumgarten-Crusius über die Marneeschlacht. Die strategischen Auseinandersetzungen interessieren ihn nicht. Bemerkenswert aber ist, daß General v. Zuehl sehr scharf gegen gewisse allgemeine Ausführungen des Buches Stellung nimmt, worin dem deutschen Volk der Vorwurf fehlender Willenskraft gemacht und die Schuld an der Niederlage auf die Willensschwäche des deutschen Volkes geschoben wird. Dem gegenüber hält General v. Zuehl dies unser Volk herabwürdigende Urteil für verfehlt und schreibt: „Wir sind an ganz bestimmten, leicht nachweisbaren Fehlern zugrunde gegangen.“ Zu diesen Fehlern rechnet General v. Zuehl u. a. die nicht genügende Ausnutzung der Wehrkraft und die nicht rechtzeitige Aufnahme des politischen Kampfes mit dem Reichstag. Das sind bekannte allddeutsche Gedankengänge. Aber General v. Zuehl fährt fort:

Trotzdem hätten wir den Krieg, wenn nicht gewinnen, so doch mindestens mit Ehren bestehen können, wenn während der ersten beiden Monate schwere Verstöße der Führung vermieden und eine einigermaßen geschickte politische Leitung vorhanden gewesen wäre. Schließlich sind wir dem Hunger erlegen. Weil wir vier Jahre gehungert hatten, entwickelte sich im Volk der geeignete Nährboden für die Hegarbeit des Radikalismus, die Pfaffen der Phantasten und Verbrecher fanden williges Gehör. Uns fehlte auf die Dauer die Kraft, um außer den überlegenen Massen der Ententemächte auch noch 1 1/2 Millionen Amerikaner die Spitze zu bieten. Schwerlich hätte irgendein anderes Volk dem Hunger besser widerstanden als das deutsche, von den Leistungen auf den Schlachtfeldern ganz zu schweigen. Man kann auf die Dauer die Nation nicht mit Aufforderungen zur Ausdauer, zur Vaterlandsliebe, zur Hingabe satt machen. Deshalb sollte man die Leistungen des jähren deutschen Willens in einem vierjährigen Ringen nicht mit ethischen Spitzfindigkeiten verkleinern.

Also nach der Ansicht des Generals v. Zuehl, die vieles für sich hat, sind wir in erster Linie dem Hunger erlegen. Damit bricht das allddeutsche Lügengewebe zusammen, daß wir sehr gut hätten siegen können, wenn nicht „der Dolchstoß von hinten“ gekommen wäre. Zwar spricht auch General v. Zuehl von der „Hegarbeit des Radikalismus“, aber er betrachtet deren Wirksamkeit doch nur als sekundäre Folge des Hungers. Ausdrücklich hebt General v. Zuehl hervor, daß schwerlich ein anderes Volk dem Hunger besser widerstanden hätte, als das deutsche. Und wenn er in durchaus richtiger Einsicht betont, daß man mit patriotischen Ermunterungen ein hungerndes Volk nicht satt machen kann, so gibt damit General v. Zuehl selbst von seinem Standpunkt aus zu, daß die Revolution infolge des Hungers letzten Endes unvermeidlich war. Tatsächlich ist die Revolution aber erst gekommen, nachdem der militärische Zusammenbruch nicht nur besiegelt, sondern bereits katastrophal geworden war. Und auch das begründet General v. Zuehl ganz richtig damit, daß wir auf die Dauer dem Kräftezuwachs unserer Gegner durch die amerikanische Armee nicht gewachsen sein konnten. Danach bleibt von der Dolchstoßlegende nichts übrig, als wirkliche Ursachen der Katastrophe stehen allein da: der Hunger und die militärische Uebermacht der Gegner.

Belgien und die Sanktionen.

Brüssel, 10. Mai. (WZB.) „Peuple“ erklärt, die verbreiteten Nachrichten, im belgischen Ministerrat hätte außer dem Justizminister Vandervelde sich niemand gegen die vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet ausgesprochen, seien falsch. Es sei nicht wahr, daß Minister Wauters geschwiegen habe, es sei ferner nicht wahr, daß Minister De Weert die Idee von Minister Jasspar und Theunis vertreten habe. Vandervelde halte militärische Sanktionen für gefährlich, er halte sie auch für unwirksam und sei der Ansicht, daß sie keine Früchte zeitigen würden, ja sogar, daß sie einen neuen Kriegszustand herbeiführen könnten. Auch De Weert glaube nicht, daß militärische Sanktionen Erfolge zeitigen würden. Er sei aber der Ansicht, daß Belgien allein an der Lage nichts ändern könne. Die gleiche Ansicht vertritt auch der sozialistische Minister Anseele. Was aber die Presse verschweige, sei, daß auch der liberale Minister Krantz Gegner des Abenteuer im Ruhrgebiet sei und auch der katolische Minister Van de Wypere.

Briand stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 10. Mai. (WZB.) Tardieu und Poincaré haben in der Kammer Interpellationen über die Londoner Konferenz eingebracht. Briand erklärte bei seiner Rückkehr aus London, daß er sich auf einen schweren Angriff in der Kammer gefaßt mache und daß er die Vertrauensfrage stellen wolle. Interpellationen über die Londoner Konferenz eingebracht. Briand erklärte bei seiner Rückkehr aus London, daß er sich auf einen schweren Angriff in der Kammer gefaßt mache und daß er die Vertrauensfrage stellen wolle.

Gewerkschaftsbewegung

Die Transportarbeiter gegen Moskau.

Eine sehr gut besuchte Vollversammlung der Funktionäre des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Bezirk Groß-Berlin, tagte am Montag in den „Germania“-Festsälen zur Fortsetzung der Funktionärerversammlung vom 26. April. Diese war nach Referaten von Barwich und Sehner über „Moskau oder Amsterdam?“ vertagt worden. Am Montag erfolgte nun die damals ausgelegte Diskussion. Besonders starken Eindruck machten die Ausführungen von Buchert, Klose und Sehner, die unter stürmischem Beifall das moderne Moskwitertum kritisch beleuchteten. Nach den Schlussworten von Referent und Korreferent wurde folgende Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen:

„Die heute in den „Germania“-Sälen versammelten Funktionäre des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Bezirk Groß-Berlin, können in dem „Moskauer internationalen Rat der Gewerkschaften“ nicht die geeignete und gegebene organisatorische internationale Zusammenfassung des gewerkschaftlichen Kampfes erblicken. Sie können es vor allem deshalb nicht, weil der Versuch der internationalen Zusammenfassung der Gewerkschaften durch den Moskauer internationalen Rat nichts anderes bedeutet, als die Unterstellung der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung unter eine besondere politische Partei und ihre völlige Dienstbarmachung für die Ziele und Bestrebungen einer besonderen parteipolitischen Anschauung. Eine derartige Unterstellung der Gewerkschaften unter die „tatsächliche Leitung“ einer Partei wäre nicht nur Rückfall in eine durch die Entwicklung längst überwundene Organisationsform, sondern müßte mit ihr innewohnender Notwendigkeit den völligen Zerfall der Gewerkschaften in die einzelnen politischen Parteien nach sich ziehen.

Die Versammelten können aber auch in den Grundsätzen und in den durch diese Grundsätze bedingten und bestimmten übrigen organisatorischen Prinzipien der kommunistischen Internationale nicht die geeignete Grundlage einer für die Arbeiterklasse wirklich fruchtbareren Tätigkeit der Gewerkschaften erblicken, da diese Grundsätze und Organisationsprinzipien — ohne in eine Prüfung ihrer Richtigkeit im übrigen einzugehen — jedes Verständnis für die notwendigen Bedingungen und Eigengegensätze des gewerkschaftlichen Kampfes vermissen lassen.

Die Versammelten sind des ferneren der Überzeugung, daß es völlig verfehlt wäre, die im Amsterdamer internationalen Gewerkschaftsbund bestehende 26 Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter erfassende internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften zuliebe einer engen parteipolitischen Doktrin zu zerstören. Um so verfehlt aber in einer Situation, in der internationale Bestandmachung der Macht der Arbeiterklasse mehr denn je zwingende Notwendigkeit ist und in der bei der völligen Zerrüttung des politischen Zweiges der Arbeiterinternationalen der Amsterdamer internationale Gewerkschaftsbund die letzte Stütze des internationalen Klassenkampfes der Arbeiterklasse ist.

Aus diesen Erwägungen heraus müssen die Versammelten im internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) die gegebene internationale Organisation der Gewerkschaften erblicken und jeden Versuch der Sprengung der bestehenden organisatorischen Einheit mit aller Entschiedenheit zurückweisen und verurteilen. Die Versammelten geloben, für ein festes und klares Bekenntnis und Handeln für den Klassenkampf des Proletariats im Rahmen der gegebenen organisatorischen Einheit stets mit allen Kräften zu sorgen und einzutreten.“

Eisenbahnerverband und Beamtenbund.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes faßte zur Frage der Bahnwehren und der Schaffung

eines Kartellverhältnisses mit dem Deutschen Beamtenbunde folgende Beschlüsse:

1. Der Deutsche Eisenbahnerverband ist nicht grundsätzlich gegen den Bahnschutz, sympathisiert aber nicht mit den bisher geschaffenen Einrichtungen, die ihren Zweck und Charakter nicht klar erkennen lassen. Zur Klärung der Sachlage sollen Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium herbeigeführt werden.

2. Der erweiterte Vorstand nimmt Kenntnis von den bisherigen Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Deutschen Beamtenbund über die Schaffung eines Kartellverhältnisses. Auf Veranlassung und in völliger Uebereinstimmung mit seinen 13 im Beamtenverhältnis stehenden Vorstandskollegen erklärt der erweiterte Vorstand: Der vorgelegte Entwurf eines Kartellvertrages ist nicht geeignet, das schwierige Problem zu lösen, weil er keine Rücksicht nimmt auf die Besonderheit des Eisenbahnbetriebes und die von der Generalkommission bei der Gründung des Deutschen Eisenbahnerverbandes aufgestellten Grundsätze. Außerdem berücksichtigt er auch nicht den Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, der die Einheitsorganisation für das Eisenbahnpersonal anerkennt. Der Deutsche Eisenbahnerverband kann deshalb sein Einverständnis zur Schaffung eines Kartellverhältnisses nur erklären, wenn das Personal der Verkehrsbetriebe, besonders aber das Reichseisenbahnpersonal, nicht auseinandergerissen wird.

Kommunistischer Schwindel.

Die „Rote Fahne“ vom 10. Mai berichtet, daß eine öffentliche Versammlung der Gastwirte angestellt sich für Moskau ausgesprochen hätte. Daß diese Notiz zutrifft, zeigt die Tatsache, daß die öffentliche Versammlung von ganzen 200 Personen besucht war, also nur den 100. Teil der 2000 Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in Berlin darstellt. Diese Versammlung ist also ein schamloses Reinfall der Kommunisten. Das hilft aber alles nichts, die Versammlung muß zu dem großen „Tam-Tam“ der Kommunisten herhalten. In der Versammlung selbst schiedten die Moskowiter den Herrn Schuhmacher vom Bekleidungsarbeiterverband, der die schönen Briefe aus Russland schrieb, die die Arbeiterklasse vor den kommunistischen Experimenten warnen, vor. Seine Ausführungen wurden von einem Anhänger der Amsterdamer Richtung zerpflückt. Wie treffend die Ausführungen des Kollegen Saar für die Amsterdamer Internationale waren, bewies die Angst der Kommunisten, die darin zum Ausdruck kam, daß sie den nächsten Redner über 1 1/2 Stunde sprechen ließen. Die Versammlung wurde so buchstäblich toiseredet. Nachdem die Versammlung zu einem Häuflein zusammengeschmolzen war, hat man dann die „Heldentat“ fertiggebracht und die Besichtigung des Internationalen Kongresses in Moskau beschließen lassen. Die Anhänger der Amsterdamer Internationale hatten mit der Erklärung, daß die Entscheidung über die Besichtigung des Kongresses in Moskau von der Generalversammlung und nicht in einer öffentlichen Versammlung zu treffen sei, den Saal vorher verlassen.

Der Streik in den Färbereien.

Ueber die Lage des Streiks in den Färbereibetrieben wurde in einer Versammlung der Streikenden Bericht erstattet. Der Referent Gruhl schilderte den Verlauf der mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen und hob hervor, daß es den Firmen am ernstlichen Willen gefehlt habe, den Arbeitern die bescheidenen Forderungen zu bewilligen. Es handelte sich um 30 Prozent Zulage und eine bessere Regelung des Urlaubs. In der letzten Verhandlung mit den Arbeitgebern wurde den in Stückfärbereien beschäftigten Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Prozent ab Wiederaufnahme der Arbeit, den in Schönfärbereien Tätigen jedoch nur eine einmalige Entschädigung in Gestalt eines halben Wochenlohnes (23 Stunden) geboten. An den bestehenden Urlaubsbestimmungen sollte nichts geändert werden.

Da die Streikleitung hierauf nicht eingehen konnte, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Der Spruch billigte

den Stückfärbern 10 Prozent, den Schönfärbern 5 Prozent zu. Der bisherige Urlaub solle bleiben.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Färberei Spindler (Schönfärberei) haben den Schlichtungsspruch abgelehnt.

Nach Schluß der Aussprache wurde über Fortsetzung oder Aufhebung des Streiks abgestimmt. Die Schönfärberei stimmte mit 550 Stimmen von 581, die Stückfärberei mit 219 von 318 Stimmen für weiteren Streik. Der Kampf nimmt also seinen Fortgang.

Eine Reichskonferenz der Fortarbeiter beruft der Deutsche Landarbeiterverband zu Pfingsten nach Jena. Sie wird sich mit folgenden Fragen beschäftigen: Der deutsche Bau als Gemeingut des Volkes und seine Bewirtschaftung durch den Staat — Entwicklung und tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Fortarbeiter. — Die Betriebsräte und ihre Bedeutung in der Fortwirtschaft.

Ausgesetzte der Knorrbrücke. Freitag, 4 Uhr, bei Blum, Zusammenkunft.

Arbeitnehmerverband für das Freizuggewerbe. Mitgliederversammlung Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Angilier 15.

Deutscher Bekleidungsverband. Fachgruppe D. Automobil- und Kofferfabrikation. Donnerstag, 7 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstraße, Versammlung.

Generalverband der Angestellten. Donnerstag, Chemie, Industrie und Großhandel: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Englischen Hof“, Alexanderstraße 20. — Margarine, Seife und Zahnteile: 7 Uhr öffentliche Versammlung im „Schultheiß“, Neue Jakobstraße, 21/23. — Holz: 7 1/2 Uhr Fachgruppenversammlung im Restaurant „Zum Bürgerheim“, Alte Schönhauser Str. 22/24. — Textil, Bekleidungs- und Leder: 7 1/2 Uhr Fachgruppenversammlung in den „Kuhlfeldten“, Roter-Wilhelm-Str. 11. — Chirurgie, Mechanik: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den „Sophienhöfen“, Sophienstr. 17/18. — Bau: 7 1/2 Uhr Fachgruppenversammlung in „Havelhofs Festsaal“, Neue Friedrichstr. 33. — Wegen der Pfingsttage bleiben unsere Versammlungen von Sonnabend 1 Uhr bis einschließlich Dienstag geschlossen!

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Versammlungen. Branche der Fernfahrer, Kesselschmiederei: Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute! Donnerstag, 4 Uhr, bei Rabitz, Neue Jakobstraße, Versammlung. — Spektakelbranche: Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute! Donnerstag, 6 Uhr, bei Föster, Weberstr. 17. — Branche der Bretterträger, Holzarbeiter: Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute! Freitag, 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelwer 14/15, II. Zimmer 24. — Branche Einkäufer, Kassenhelfer, Bureauhelfer usw.: Vertrauenspersonen! Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Müller, Sireliener Straße 33, Vertrauensmännerversammlung. — Chemische Branche, Gruppe Dole, Seife und Petroleum! Donnerstag, 7 Uhr, bei Pfeiffer, Michailstr. 29, Baumgartenstraße.

Deutscher Müller-Verband. Gruppe der Ensembles-Müller. Donnerstag, 10 1/2 Uhr, Versammlung aller Müller im Kaffeehausgewerbe. Tagesordnung: „Die Wege im Kaffeehausgewerbe“.

Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Generals-Versammlung. Donnerstag, 7 Uhr, bei „Froh“, Roter-Wilhelm-Str. 11, Vollversammlung. Kessel-Berlin (speziell über Schlichtungsordnung und Aufbau der Betriebs-Betriebsräte). Außerdem finden Neuwahlen statt. Legitimationskarten werden 1 Stunde vor der Versammlung umgehängt resp. neu ausgestellt. Angemeldete Karten (durch Formular) können abgeholt werden. Ohne gültigen Ausweis keinen Zutritt!

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: RBB. 46. Zu den Seiten 23.

Mittwoch, den 11. Mai:

- Waldhof. Schule Berlin Str. 19, Wilmersdorf. — Charlottenburg, Wilmersdorf, 4. Wilmersdorf. — Gesundbrunnen. Schule Götterburgerstr. 1, Wilmersdorfversammlung. — Grunewald. Schule Westendstraße, Vortrag: „Ein Tag im alten Rom“. — Kesselschmiederei. Schule Kesselschmiederei, Vortrag: „Stierkampf“. — Rätienhof, Königstr. 20, Ostend. Vortrag: „Erste Hilfe bei Unfällen“. — Riederschwand. Berliner Str. 11, Wilmersdorf. — Franz-Lauer Vorstadt, Gensfeldstr. 67, Mitgliederversammlung. — Spandau, Reuterbörse Str. 2, Vortrag: „Wie soll man wandern“. — Süd-West. Rentiergärtner, Lindenstr. 5, Vortrag: „Spiele im Freien“. — Tempelhof, Germaniastr. 67, Mitgliederversammlung. — Witten, Kurfürstenstr. 141, Baumgartenstraße, Vortrag: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung“.

Verantw. für den Inhalt: Kell. Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: 23. Wilmersdorf, Berlin. Verlag: Formdruks-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdruks-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 2 Pfennige.

Kukirol
besorgt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen & Warzen
In Apotheken & Drogerien erhältlich

Was die Hausfrauen zum Feste suchen,
sind gute Zutaten für den Kuchen!

Margarine
mit Buttergeschmack
sehr fein
allerfeinste

8, 9, 12, 50
Palmin Pd. 11, Mk

Kaffee 1/4 Pfund 4, 5, 6, 50, 25

Garant. reines Schmalz 9, Pd. 9

Loreley Union, Ladewig, Reichelt, Assmann

Hotels, Cafe's, Pensionate u. andere Großverbraucher werden zu Sonderpreisen durch unsere Zentrale Berlin S.O. 33
Schlesische Str. 28 direkt bedient. Telefon Moritzpl. 1298 12766 45079 45043 44867 45256